

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steingewerbeindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Putz- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseker, Steinholy- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund  
Berlin SW 48, Friedrichstraße 5/6. Fernsprecher:  
A 7 Donhoff 7650, 7651, 6240. Postcheckkonto: Berlin 65232.

Preise für Geschäftsanzeigen nach Tarif.  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten,  
Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale.

### Der Berliner Metallarbeiterstreik und seine Bedeutung für die deutsche Arbeiterschaft.

#### Das äußere Bild des Berliner Metallarbeiterstreiks.

Rein äußerlich und vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus betrachtet war der Berliner Metallarbeiterstreik ein Abwehrstreik, wie ihn die Gewerkschaften hundert- und tausendfach schon in Vorkriegszeiten durchgeföhrt haben. Die Wirtschaftskondition ist überaus schlecht. Die Unternehmer benützen diesen ihnen günstigen Umstand zu einem Druck auf die Löhne. Das war früher so, das ist heute so. Im Berliner Metallgewerkekonsflikt war eine gütliche Einigung nicht möglich, die Unternehmer beharrten auf starkem Lohnabbau, die Arbeitervertreter verlangten Aufrechterhaltung der alten Löhne. Es kam zum Abwehrstreik. Sein Endresultat war eine Zurückschraubung des Lohnabbaubegehrens der Unternehmer auf etwa die Hälfte. Im gewerkschaftlichen Leben registriert man einen solchen Kampf und sein Ergebnis als einen Abwehrkampf mit teilweisem Erfolg.

Heute wickeln sich solche Kämpfe allerdings im Gegensatz zur Vorkriegszeit dem Schlichtungsverfahren entsprechend in einer etwas veränderten Form ab. Es kommt nach erfolgloser Verhandlung zwischen den Parteien nicht sofort zum Abwehrstreik, es wird zuvor vor einer Schlichtungsinstanz verhandelt. Diese Instanz ermäßigte im vorliegenden Falle den von den Unternehmern geforderten Lohnabbau mit sofortiger Wirkung von 15 % auf 8 %. Erst hierauf kam es, weil die Metallarbeiter diesen Schiedsspruch ablehnten, zum Streik. Während des Streiks setzten erneute Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsminister ein mit dem Ergebnis, daß der vorherige Schiedsspruch aufgehoben wurde mit der Bedingung, daß zugleich auch der Streik beendet werde. Beide Parteien sollten sich ferner von vornherein verpflichten, sich einem neuen Schiedsspruch, gefällt von anderen Personen, zu unterwerfen. Dieser Schiedsspruch enttäuschte die Arbeiter allerdings ganz gewaltig. Wir besprechen ihn kurz an anderer Stelle.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat bei diesem Kampf das demokratisch-gewerkschaftliche Prinzip peinlichst hochgehalten. Er ordnete über Beginn und Abbruch des Streiks jedesmal Urabstimmung an. Auf diese Weise wurde der Streik mit großer Mehrheit beschlossen und nach Aufhebung des ersten Schiedsspruchs mit beachtlicher Mehrheit beendet. Der gewerkschaftlichen Demokratie war damit in vollkommener Weise genügt. In beiden Fällen war der Wille der Mehrheit der Abstim-menden oberstes Gesetz. Im übrigen war dieser Kampf in seinen gesamten Stadien ureigene Angelegenheit des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Ihm lag nach Gewerkschafts- und Ver-nunftsprinzipien ob, über Einleitung, Durchführung und Abbruch dieses Kampfes zu entscheiden und den Kampf zu finanzieren.

#### Der tiefere Sinn dieses Kampfes.

So sah die Sache aus, wenn man sie ohne besondere Prüfung als eine der aus dem Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit resultierenden, vielfach wiederkehrenden gewerkschaftlichen Kampferscheinungen einschätzt. In Wirklichkeit ging dieser Kampf um weit mehr. Er ging nicht nur um einige Mark Minderlohn, er ging um eine neue Verteilung von Macht und Einkommen. Und nicht zuletzt drehte sich dieser Kampf um eine grundsätzliche Entscheidung in der Wirtschaftspolitik. Die Arbeiter wehrten sich dagegen, daß das Unternehmertum seine falschen Wirtschaftsrezepte zur Heilung der Wirt-

schaftskrise auf ihren Rücken ausprobieren. Sie wehrten sich gegen die Eisenhartkur, wonach ihnen die Löhne gekürzt werden sollten unter der betrügerischen Vorspiegelung, auch die Preise würden dann später gesenkt, wodurch der Reallohn erhalten bleibe. Diesen offenbar falschen und heimtückischen Wechsel wollten die Arbeiter nicht einlösen. Und dann als letztes und nicht geringstes: Die Berliner Metallarbeiter sollen Versuchskaninchen sein; der gegen sie geführte Schlag soll als Einleitung dienen für einen Lohnabbau auf der ganzen Linie, nicht zuletzt auch im Baugewerbe. Erinnert sei nur an das Triumphgeschrei auch in der baugewerblichen Unter-

**Der Ausschuß des ADGB. forderte am 12. Oktober die gesetzliche 40stündige Arbeitswoche...**

**Der Ausschuß des ADGB. forderte am 12. Oktober, die Zulassung von Ueberstunden auf die dringlichsten Ausnahmefälle zu beschränken...**

**Bundesmitglieder! Paßt Eure tägliche Arbeitszeit der Tageshelle in den Wintermonaten an! Meidet jede Ueberstundenarbeit! Gedenkt der Hunderttausende, die arbeitslos sind! Uebt Solidarität!**

nehmerpresse, als der erste Metallschiedsspruch herauskam. Vor allem im „Baukurier“ erklangen Jubeltöne, nun sei die Bahn frei auch für einen Lohnabbau im Baugewerbe. Und warum überall im Unternehmertum diese Stellungnahme? Will man denn der Arbeiterschaft allen Ernstes einreden, durch Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung könne die deutsche Wirtschaft wieder auf die Beine gebracht werden? Will man irgendeinem Menschen glauben machen, durch Schwächung der allgemeinen Kaufkraft könnten die überfüllten Lager schneller geräumt werden? Der Fall liegt ganz anders. Immer mehr gewinnt im deutschen Volke die Auffassung an Boden, das Unternehmertum und die mit ihm Verbündeten möchten die Wirtschaftskrise und damit das Elend noch mehr verschärfen und dadurch die Macht des Unternehmertums verstärken. Auf dieser Basis will man einen Verzweiflungszustand schaffen. Die Unternehmer tanzen bei diesem Bestreben allerdings auf einem Vulkan. Sie sehen anscheinend alles auf eine Karte, um unter der Arbeiterschaft Empörung auszulösen, sie zu Unruhen zu treiben, um dann mit Hilfe faschistischer Helfershelfer den deutschen Faschismus aufzurichten. Den Faschismus nach italienischem Muster, mit gewerkschaftlicher Rechtlosigkeit, mit Hungerlöhnen und verlängerter Arbeitszeit, mit politischer und wirtschaftlicher Mundstummung der Arbeiterklasse. Das soll der Zweck der Uebung sein. Und da die Trauben noch zu sauer erscheinen, vollkündigt man mit heuchlerischen Mitteln. Man sucht der Arbeiterschaft einzureden, es werde ihr bei gekürzten Löhnen besser ergehen. Mit Recht steht aber die Arbeiterschaft diesem wirtschaftlichen Blödsinn vollkommen mißtrauisch gegenüber. Sie hat auch keinerlei Vertrauen zu der schon seit Monaten angekündigten und immer wieder aufgeschobenen Preis-senkung. Sie ist ferner der Meinung, daß eine Preis-senkung, falls sie wirklich einträte im gleichen Aus-

maß gegenüber dem Lohnabbau, die Krise in keiner Weise beheben würde. Denn dann bliebe es bei dem gleichen Verhältnis zwischen Produktion und Kaufkraft, und der Wirtschaft würde in keiner Weise geholfen. Deshalb kämpft die organisierte Arbeiterschaft gegen den wirtschaftlichen Unsinn, den das Unternehmertum und seine Helfershelfer verzapfen, sie kämpft gegen die hinterlistige Methode, gewalt-sam eine Verzweiflungsstimmung zu erzeugen, um faschis-tischen Staatsmethoden die Wege zu ebnen. Und in dieser großen wirtschaftlichen Auseinandersetzung war der Berliner Metallarbeiterkampf ein größeres Vorpostengefecht. Damit war er aber auch eine An-gelegenheit der gesamten organisierten Arbeiterschaft Deutschlands. Sie verfolgte den Verlauf dieses Kampfes mit Interesse und unverhohlener Sympathie für die streikenden Arbeiter.

Der Angriff der Unternehmer ist bei diesem Vorpostengefecht nur zum kleinen Teil abgeschlagen worden. Wenn die Berliner Metallarbeiter nicht mehr durchsetzen konnten, so lag das nicht an mangelndem Kampfeswillen, sondern an dem ver-hältnismäßig schlechten Organisationsstand der Ber-liner Metallarbeiter. Man denke: In der „Metropole der Intelligenz“ sind rund 60 % aller Metall-arbeiter unorganisiert! Man mag von gewisser Seite zu gewissen Zwecken die Unorganisierten als „Helden“ feiern; wir machen da nicht mit. Jedenfalls kann den Unorganisierten bei Kämpfen, wo es sich um Zehn-tausende solcher „Helden“ handelt, in durchgreifender Weise niemand helfen. Und gelegentliche Bettel-suppen sind ein schlechter Ernährungsersatz. Die Un-organisierten erhalten keine regelrechte Unterstützung und bald treibt sie der Hunger wieder in die Betriebe. Das weiß keiner besser als die Unternehmer. Darauf verlassen sie sich bei solchen Kämpfen. Und die Führer der Arbeiter? Sie, die nüchtern wägen und besonnen handeln müssen, sehen diese Gefahr auch, jedoch die gesunde Gewerkschaftsauffassung gebietet ihnen, die Taschen zuzuhalten. Es ist schon allerhand, wenn die Unorganisierten gleich den Organisierten den Erfolg jeder Lohnbewegung einstecken, dafür absolut nichts leisten und höchstens in hohen Tönen räsonnieren, wenn ihrer Meinung nach die Gewerk-schaften für diese Piraten der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung nicht genug herausgeholt haben. Sie denken gar nicht daran, daß der Erfolg des-halb unbefriedigend sein muß, weil sie durch ihre Organisationslosigkeit den besseren Erfolg illusorisch gemacht haben. Soll man denn nun im Falle eines Streiks solche Leute auch noch unterstützen aus Mitteln, die sich die Organisierten allwöchentlich vom Lohn abdarben, um im Streik mit einer von der Organisation gewährten Unterstützung das Leben fristen zu können? Das wäre des „Guten“ wahrlich zu viel! Das wäre eine besondere Prämie auf den gewerk-schaftlichen Indifferentismus. Das wäre eine klatschende Ohrfeige ins Gesicht der überzeugungsstreu Organisierten. Und das würde obendrein bei solchen zweifelhaften Zeitgenossen nur die Gewißheit aus-lösen, es gehe ohne Gewerkschaft ganz famos; sie könnten ohne zu säen in jeder Weise ernten.

So geht also die Geschichte nicht. Die Folge ist ein Manko in der Kampffront, das sich mit auto-matischer Sicherheit nach einigen Wochen in überaus schädlicher Weise einstellen muß. Das wissen die Unternehmer. Darauf bauen sie. Und die Arbeiter-führer? Auch sie kennen in solchen Fällen dieses drohende Manko. Das aber beengt ihre Kraft, ihre Energie, ihren Einfluß, ihre Zuversicht. Sie müssen

aufpassen und im gegebenen Moment zupacken, um trotz der schlechten Organisationslage so viel wie möglich zugunsten der Arbeiter herauszuschlagen. Jedesmal bei jedem Kampfe ist jeder Arbeiterführer der Repräsentant jener Macht und Kraft, die die Gesamtheit der kämpfenden Arbeiter repräsentiert. Nie weniger und nie mehr. Deshalb ist es jedes Geschwätz und vollkommen müßig, wegen etwa ungenügender Erfolge in einem Lohnkampf den Führern die Schuld beizumessen. Bei Lohnkämpfen entscheidet wie in jedem anderen Kampfe die reale Macht. Darüber hilft auch kein Phrasengeklänge hinweg. Wer es anders wissen will, ist entweder ein unwissender Rindskopf oder ein gewissenloser Heuchler oder ein heuchlerischer Phantast. Der Ausgang des Berliner Metallarbeiterkampfes ist eine ernste Mahnung an die gesamte Arbeiterschaft, die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft als teuerstes Gut einzuschätzen und stets dafür zu sorgen, daß die Organisation an Festigkeit und Geschlossenheit nichts zu wünschen übrig läßt.

### Die RGO. bei der Spaltungs- und Verwirrungsarbeit.

Und die Kommunisten? Wir können sie bei dieser Betrachtung unmöglich ausschalten. Die sogenannte revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO.) hat alle Mienen springen lassen, um diesen Kampf zugunsten der Arbeiterschaft zu beeinflussen. Jede Nummer der „Roten Fahne“, jede kommunistische „Welt am Abend“ war trotz notorischer Einflußlosigkeit der RGO. während dieses Kampfes bis zum Platzen gefüllt mit kommunistischem Phrasengeröll, immer wieder wurde versichert, die RGO. führe in diesem Kampfe, die Metallarbeiter kämpften unter selbstgewählter revolutionärer Führung, immer wieder wurden die Unorganisierten glorifiziert und als Helden gepriesen, immer wieder wurde die Leitung des Metallarbeiterverbandes verleumdet, bespuckt und verdächtigt, alles zu dem Zweck, die geeinte Kampffront zu schwächen, das Kampfergebnis von vornherein zu diskreditieren, Mißtrauen zu säen und die Unorganisierten in ihrer Abneigung gegen die Organisation zu bestärken. Und überall klingelte diese famose RGO. und die sogenannte „Rote Hilfe“ an um Unterstützung für die Streikenden. Der Erfolg dieser Bettelei war geradezu verblüffend. Keine 30 000 M. wurden zusammengeknorrt. Das bedeutet für jeden unorganisierten Streikenden etwa 40 S. Die „Rote Fahne“ Nr. 251 vom 26. Oktober teilt begeistert mit: „In Vorsigwalde hat ein Schlächtermeister einen Raum zur Verfügung gestellt. Wenn er Wurst kocht, dann überläßt er die fetten Brühe davon dem Essen der Streikenden.“ Als ungerufener und unberufener Störenfried suchte sich die RGO. dieser Bewegung zu bemächtigen, um sie nach Moskauer Rezept „weiterzutreiben“. Und als dann alles Schimpfen und Verdächtigen nicht half, als dann der Streik durch Urabstimmung aufgehoben wurde, da spie die Moskauer-Presse Gift, Galle und Weiser, nicht etwa auf die Abstimmenden, die durch ihre Abstimmung den Streik aufhoben, sondern auf die verantwortlichen Führer der Bewegung. Sie heulten über die streikbrecherische Gewerkschaftsbürokratie, über gekaufte Söldlinge der Kapitalistenklasse, über sozialfaschistische Verräter, über heimtückischen Verrat, über verbrecherische Spalter der Kampffront und was dergleichen hysterische Gehirnverrenkungen mehr sind. Und das alles, weil die Berliner Metallarbeiter und nicht ihre Führer durch Urabstimmung den Streik beendeten. Zum Ueberfluß überstürzten sich dann die von der RGO. herausgegebenen Parolen tagtäglich in geradezu schreienden Widersprüchen. Nur ein Beispiel: Am 31. Oktober hieß es in der „Roten Fahne“: „Organisiert die breiteste Massenolidarität des ganzen roten Berlins mit den Belegschaften, die gegen den Lohnraub und für die Forderungen der RGO. weiterstreiken! Es lebe die RGO., die einzige gewerkschaftliche Führerin eures Massenstreiks!“ Und am nächsten Tage hieß es in der gleichen „Roten Fahne“: „Die zentrale Streikleitung der RGO. hat den Beschluß gefaßt, alle noch streikenden Belegschaften aufzufordern, die Arbeit geschlossen dort wieder aufzunehmen, wo der Ausschluß jeglicher Maßregelungen gesichert ist.“ Also in 24 Stunden eine vollkommene Umstülpung der Kampsparolen! Geradezu blödsinnig mutet es aber an, wenn gleich hinterher, nachdem zur Arbeitsaufnahme aufgefordert ist, bramarbasiert wird: „Wir anerkennen keine Vereinbarung, keinen Schiedsspruch, keine Verbindlicherklärung! Wir denken an keine Unterwerfung unter die schwachvollen Bedingungen des Ulrich-Paktes! Der Kampf geht weiter gegen jeden Pfennig Lohnraub, für den Siebenfundentag bei vollem Lohnausgleich!“ Da muß man wirklich fragen, ob denn die Schreiber solchen blöden Geschwätzes noch irgendwie bei Troste sind. Das sind nicht mehr Kampsparolen, das ist konfusier Blödsinn in höchster Potenz.

### Der wahre Zweck der RGO.-Uebung.

Aber dann kam der Hauptschlager. Die RGO. enthüllte endlich ihr wahres Gesicht. Ihr war das lohnpolitische Ergebnis dieses Kampfes vollkommen gleichgültig. Dieser Metallarbeiterkampf sollte dazu dienen, die gewerkschaftliche Zersplitterung der deutschen Arbeiterschaft durch die RGO. einzuleiten. Schon seit langen Wochen ist es kein Geheimnis mehr, daß die kommunistische Partei darauf aus ist, „rote Gewerkschaften“ aufzuziehen. Und nun sollte der Berliner Metallarbeiterstreik das Sprungbrett bilden, um den Anfang hierzu zu machen. Nicht mehr und nicht weniger will die kommunistische Partei, als die deutschen Gewerkschaften zerschlagen, um durch sogenannte kommunistische Gewerkschaften, durch verbrecherische Zersplitterung der Gewerkschaftskräfte die Arbeiterschaft dem Unternehmertum gegenüber kampfunfähig zu machen. Das ist für den Eingeweihten gar nichts Neues. Betrachten wir zunächst einmal ganz kurz die Behandlung der Gewerkschaftsfragen in Deutschland durch die kommunistische Partei in den letzten 12 Jahren.

Am 30. und 31. Dezember 1918 war der Gründungsparitätstag der KPD. Dazu lag eine Entschliebung vor, in der es heißt, die Zugehörigkeit zu den Gewerkschaften sei unvereinbar mit den Zielen und Aufgaben der kommunistischen Partei Deutschlands; der Kongreß solle die Mitglieder der kommunistischen Partei verpflichten, sofort aus den Gewerkschaften auszutreten. Diese Entschliebung wurde weder angenommen noch abgelehnt; man überwies sie der Programmkommission. Grundsätzlich stand man auf dem Boden der genannten Entschliebung, aber man wußte noch nicht, wie man aus faktischen Gründen handeln solle. Am 28. August 1919 erließ dann die Zentralleitung der KPD. eine Parole, worin aufgefordert wurde, die Zerschlagung der Gewerkschaftsbürokratie zur Massenaktion zu machen. Die Massen wurden aufgefordert, sich in geschlossenen Verbänden von der „konterrevolutionären Bürokratie in den Gewerkschaften“ loszulösen. Wo dies aus bestimmten Gründen noch nicht möglich sei, sollten sich die kommunistischen Mitglieder der Gewerkschaften fraktionsmäßig zusammenschließen und den Kampf um den Austritt örtlich organisieren.

Dieses Rezept zur Spaltung und Zertrümmerung der deutschen Gewerkschaften wurde vielfach befolgt. Man schuf die Grundlage der „revolutionären Gewerkschaftsopposition“. Von Moskau waren hierzu genaue Richtlinien verordnet worden. Um die Arbeiter schnell für die Zerschlagung „reif“ zu machen, wurden die Gewerkschaften und ihre Führer nach Strich und Faden beschimpft und verleumdet. Der Schaden, der dadurch angerichtet wurde, war unübersehbar. Aber als dann die zentrale Leitung der KPD. sah, daß die ausgegebene Parole den gewünschten Erfolg nicht auslöste, da hieß es mit einem Male: „Hinein in die Gewerkschaften!“ Im offenen Brief der Dritten Internationale an die kommunistischen Arbeiter, veröffentlicht am 14. Juni 1920 in der „Roten Fahne“, hieß es, daß die Losung „Heraus aus den freien Gewerkschaften“ falsch sei, man werde die Gewerkschaften einfach spalten müssen. Diese Spaltung sei aber nur durchführbar, wenn man innerhalb der freien Gewerkschaften bleibt. Also: Raus aus die Kartoffeln, rein in die Kartoffeln! Jedesmal aber war das Ziel die Vernichtung der Gewerkschaften. Sinowjew sprach es am 27. April 1924 in der „Pravda“ ganz klar aus: „Aufgabe der Deutschen kommunistischen Partei ist die Vernichtung der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften“. Zu diesem Zwecke war nunmehr jedes Mittel innerhalb der Gewerkschaften recht. Die Kommunisten wurden verpflichtet, überall Mißtrauen zu säen, Beschlüsse der Organisation zu mißachten und zu übertreten. Man wollte unbedingt Differenzen schaffen. Man wollte es nach und nach dahin treiben, daß die Hauptschreier hinausgeworfen wurden und dann einen Teil ihrer Anhänger mitnahmen. Aber auch diese Taktik zog nicht. Die Hinausgeworfenen konnten nur kleine Teile von den Verbänden abreißen, die Zerschlagungsarbeit von innen hatte wenig Erfolg. Deshalb ist nunmehr die kommunistische Partei wieder zu ihrer alten Losung zurückgekehrt: „Heraus aus den Gewerkschaften“. Der Befehl zur Gründung revolutionärer Gewerkschaften ging natürlich von Moskau aus. Auf dem 5. Kongreß der „Roten Gewerkschaftsinternationale“ im August dieses Jahres beschäftigte man sich wieder einmal lebhaft mit der Frage, wie die Gewerkschaften niedergerungen und vernichtet werden könnten. Am 18. September 1930 schrieb dann die „Rote Fahne“ über einen „Beschluß von historischer Bedeutung“. An den entscheidenden Stellen lautet dieser Beschluß:

„In Ländern, wie Deutschland, wo eine organisatorisch gefestigte revolutionäre Gewerkschaftsopposition besteht,

und Polen, wo die Basis für eine revolutionäre Opposition bereits geschaffen ist, sollen die unorganisierten zum Eintritt in die revolutionäre Gewerkschaftsopposition aufgefordert und in ihre Reihen eingegliedert werden. Der Kongreß bestätigt die Beschlüsse der revolutionären Gewerkschaftsopposition Deutschlands und Polens auf Streichung der Parole „Hinein in die reformistischen Gewerkschaften“, wobei der schärfste Kampf gegen alle Tendenzen auf Einstellung der Arbeit und des freiwilligen Austrittes der Anhänger der RGO. aus den reformistischen Gewerkschaften zu führen ist. Die RGO.-Anhänger in diesen Ländern müssen in Anbetracht der immer weiter betriebenen freien Spaltungspraxis der reformistischen Führer und in Anbetracht der wachsenden Gegenläufe zwischen ihnen und den breiten Arbeitermassen jetzt schon konsequent bewußt und unermüdet auf die Organisation und Entwicklung einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung zwecks besserer und erfolgreicherer Vorbereitung und Führung der Klassenkämpfe des Proletariats hinarbeiten. Diesem Kurs auf die Schaffung von oben bis unten selbständiger Organe der revolutionären Gewerkschaftsbewegung ist die ganze Arbeit zur organisatorischen Zusammenfassung der Organisierten und Unorganisierten — insbesondere in Zeiten von Streik-kämpfen — zur Aktivierung und Entwicklung der Gewerkschaftsopposition und der revolutionären Betriebsräte, wie auch die ganze Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften unterzuordnen, wobei es gilt, zu diesem Zwecke von allen organisatorischen Möglichkeiten in den Unterorganisationen der reformistischen Gewerkschaften Gebrauch zu machen.“

Erläutert wurde dieser mit allerlei bombastischen Umränkungen versehene Beschluß in der „Roten Fahne“ durch den Leiter der Gewerkschaftsabteilung der KPD., Franz Dahlem. Danach durften die Unorganisierten nicht mehr aufgefordert werden, sich den Gewerkschaften anzuschließen, sie sollten für die Betriebsgruppe der „revolutionären Gewerkschaftsopposition“ gewonnen werden. Außerdem soll unter den Mitgliedern der freien Gewerkschaften ein zäher, unermüdetlicher Kampf zur Gewinnung der Massen für die „revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ geführt werden. Sofort sollten feste Organisationen der RGO. gegründet werden mit Mitgliedsbüchern und regulären Beiträgen.

Dies ist der Beschluß von „historischer“ Bedeutung. Und nun verstehen wir auch sofort die hysterische Aktivität der RGO. beim Berliner Metallarbeiterkampf. Man benutzte diesen Kampf, um den Grundstock zu legen zur Spaltung der deutschen Gewerkschaftsbewegung und zur Gewinnung von Mitgliedern für die „rote Gewerkschaft“. Die RGO. mußte dies tun, weil es von Moskau aus kommandiert war. Und nun faselt man in der „Roten Fahne“ ebenfalls von einem „historischen“ Beschluß, nach dem die zentrale Streikleitung der RGO. unter „stürmischer Begeisterung“ in Gemeinschaft mit dem Bezirksausschuß der RGO. beschlossen habe, eine „wirklich einheitliche Kampforganisation der Berliner Metallarbeiter“ zu schaffen. Dies ist auch bereits mit dem dazugehörigen üblichen Tamtam geschehen. Die „einheitliche rote Kampforganisation aller Berliner Metallarbeiter“ ist zur Laftache geworden. Sie besteht zum allergrößten Teil aus bisher unorganisierten. Jeder Vernünftige wird über eine solche Pseudogewerkschaft nur mit den Achseln zucken. Aber die nunmehr in dieser „roten Kampforganisation“ zusammengefaßten Unorganisierten werden Farbe bekennen müssen. Sie sollen jetzt Beiträge zahlen; dagegen hatten sie bisher immer eine unüberwindliche Scheu. Und so wird es dazu kommen, daß auch diese „einheitliche rote Kampforganisation“ ein nörgelndes Schattengebilde bleiben und künftig nur dem Zwecke dienen wird, die einheitliche gewerkschaftliche Aktion der Berliner Metallarbeiter in jeder Weise zu stören und ihr Knüttel zwischen die Beine zu werfen.

Immerhin: Die KPD. und ihre RGO. haben endlich ihr wahres Gesicht enthüllt. Nackt und frech wird nunmehr die so oft gelegnete Spaltung der deutschen freien Gewerkschaften betrieben. Damit avanciert diese Partei gleich den Faschisten zur Knüttelgarde des Unternehmertums. Und wenn man diese Spaltungsaktion mit noch so vielen verrückten revolutionären Phrasen umgibt, übrig bleibt die verbrecherische und verräterische Spaltung der deutschen Gewerkschaften durch die kommunistische Partei. Die Spaltung der Berliner Metallarbeitergewerkschaft ist der Anfang, sie soll ausgedehnt werden auf alle Gewerkschaften, auf alle Berufe. Allerdings geht man dabei schlau zu Werke. Schon im August sollte mit der Spaltung begonnen werden. Ueber geringe Anfänge kam man jedoch bisher nicht hinaus. Man hütfete sich vor allem, in dem hier zur Besprechung stehenden Falle schon vorher die Spaltung zu proklamieren; denn dann hätte die neu geschaffene „rote Kampforganisation“ für die ihr angehörenden Streikenden aufkommen und sie unterstützen müssen. Dies mutete man großmütig dem Deutschen Metallarbeiterverband zu. Und nun, nachdem die Gefahr vorüber, spaltet man drauflos, weil ja in der nächsten Zeit nichts weiter zu riskieren ist. Die einkommenden Gelder können sehr gut Verwendung finden zur

Unterstützung kommunistischer Parteibonzen und im Verkrachen befindlicher bolschewistischer Zeitungsunternehmen. Wir sind auch schon jetzt vollkommen überzeugt, daß es bei den deutschen Bauarbeitern mit der Spaltung in gleicher Weise versucht werden wird. Wir sind auch vollkommen überzeugt davon, daß schon jetzt in dieser Frage die Parole ausgegeben worden ist, mit der Spaltung der baugewerblichen Arbeiterorganisationen zu warten, bis die Tarif- und Lohnbewegung der deutschen Bauarbeiter im Frühjahr vorüber ist. Erst dann wird man mit genau denselben Radau-Rezepten wie im Berliner Metallarbeiterstreik arbeiten und die Spaltung betreiben.

Dieses Vorgehen ist gemein und verbrecherisch. Gemein deshalb, weil man zunächst und ausschließlich die Lasten eines gewerkschaftlichen Kampfes auf die „verjumpten“ freien Gewerkschaften abwälzen will, dafür aber um so mehr von der „Kampfführung“ durch die RGO. faßeln wird; verbrecherisch deshalb, weil man, nachdem dies geschehen, drauflos spalten und die deutschen Gewerkschaften, falls es glückt, bis zur Ohnmacht schwächen würde, und zwar in Zeiten eines nie gesehenen wirtschaftlichen Niederganges, der den Unternehmern sowieso eine große Macht gibt! Deutsche Bauarbeiter! Erkennt schon jetzt, was in diesem „revolutionären“ Lager gespielt wird! Wendet euch mit Abscheu und Entrüstung ab von diesen gewerkschaftlichen Verbrechern!

Wir werden in den baugewerblichen Arbeiterorganisationen dafür zu sorgen wissen, daß die Bäume der Spalter und Zerpflechter nicht in den Himmel wachsen. Wir fordern alle unsere Kollegen auf, in dieser Richtung schon jetzt an einem Strang zu ziehen, um unsere Organisation weckerfest zu erhalten in der kommenden Tarif- und Lohnbewegung der deutschen Bauarbeiter. Erkennt endlich, worum es geht, erkennt endlich, welches Unheil von einer Partei ausgeht, die sich kommunistische Arbeiterpartei nennt. Erkennt endlich, daß auf jener Seite alles Lug und Trug ist, daß dort seit langen Jahren der Plan besteht, die einzige Partei, die heute noch dem faschistischen Ansturm wirkungsvoll auch in Deutschland widerstehen kann, die Sozialdemokratische Partei, zu vernichten und mit ihr unsere freien Gewerkschaften, um auf diese Weise ein Chaos zu schaffen, ein wirtschaftliches Labyrinth, das aus Elend, Blut und Tränen besteht und der Arbeiterklasse nur den Untergang bringen kann!

So hat denn dieser soeben in Berlin beendete Metallarbeiterkampf eine doppelte Bedeutung. Er bedeutet den Luftakt des Unternehmertums zur allgemeinen Lohnabbauoffensive bei der deutschen Arbeiterschaft. Er bedeutet ferner den Luftakt zur Zerpflechterung der deutschen Gewerkschaften durch die kommunistische Partei. Rechts und links von den freien Gewerkschaften stehen die Angreifer. Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, sich ihrer zu erwehren. Und sie werden es fertig bekommen, wenn ihre Mitglieder einig und geschlossen zusammenstehen und die Gewerkschaftsprinzipien, die uns groß gemacht haben, auch weiterhin hochhalten und danach handeln!

Was andere Kommunisten sagen.

Schlusswort.

Wir haben über die kommunistische Partei ein hartes aber gerechtes und wahres Urteil gefällt. Zum Schluss sei ergänzend gesagt, daß sich um das kommunistische Parolengescheh während des Berliner Metallarbeiterkampfes die streikenden Arbeiter wenig gekümmert haben. Selbst die kommunistischen

Unterstützt die Lotterie der Arbeiterwohlfahrt!

Ihr stärkt damit die Mittel und Kräfte der Arbeiterwohlfahrt und fördert ihre Entwicklung und Entfaltung!

Arbeiter wollten mit dem RGO-Spektakel nichts zu tun haben. Zeigen wir deshalb zum Schluss in nachstehendem, wie man im kommunistischen Lager über diesen RGO-Spektakel denkt. Im kommunistischen Blatte „Gegen den Strom“ hieß es während des Streiks:

„Die RGO. treibt auch jetzt nach Aufnahme des allgemeinen Streiks ihr Spiel der selbstberaubenden Phrasen und der systematischen Sprengung der geschlossenen Streikfront weiter. Natürlich hat sie „den Kampf ausgelöst“, natürlich „führt“ die RGO. den Metallarbeiterstreik. So lächerlich gering ihr wirklicher Einfluß auf den Streik und die streikenden Massen auch ist, so wirkt sich ihr Treiben in den Streikversammlungen verheerend aus. Fast in jeder Betriebsstreikversammlung, wo auch nur einige RGO.-Leute sind, entsteht wüster Krach. Häufig werden auch arbeitslose „Sturmtrupps“ eingesetzt. Kurz, es ist ein beschämendes Bild. Eine verbrecherische Provokation des Kampfes, Arbeiter gegen Arbeiter, wird hier von Leuten, die sich Revolutionäre nennen, betrieben.“

Noch eine andere kommunistische Äußerung zu diesem Kampfe sei hier angeführt. Am 17. Oktober hieß es im Organ des Lenin-Bundes:

„Wenn jemals das Verbrecherische der Stalin-, Thälmann-, Neumann-Taktik zum Ausdruck gekommen ist, dann bei diesem Metallarbeiterkampf. Für den Kampf sind die günstigsten Vorbedingungen gegeben. In dieser Situation propagiert die RGO. die Führung der RGO. Sie hat es mit ihrer Taktik so weit gebracht, daß unter der Mehrheit der Berliner Arbeiter nur noch heiseres Gelächter entsteht, wenn von der Führung der RGO. gesprochen wird. Diese Führung der RGO. besteht lediglich in der Phantasie der Redaktionsjünglinge in der „Roten Fahne“. Unter den Berliner Metallarbeitern hat die RGO. nichts zu sagen.“

So schreiben kommunistisch eingestellte Blätter. Demgegenüber höre man den heillosen Quatsch eines Blattes, das auf die Heiligkeit der RGO. und die Unfehlbarkeit Moskaus eingestuft ist. Der kommunistische „Klassenkampf“ in Halle schrieb:

„Die Berliner Metallarbeiter pfeifen dieses Mal auf die Bonzen. Unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition wird der Streik mit voller Kraft fortgeführt. Wir streiken weiter trotz der Verräter — ist die Generallosung im roten Berlin.“

Die Presse der kommunistischen Opposition nennt die Drahtzieher der RGO. Verbrecher. Sie sind außerdem noch Narren. Ob die deutschen Arbeiter Sehnsucht haben, sich diesen Narren anzuliefern? Es sind Verbrecher und Narren, die in der Zeit schwerster Wirtschaftsnote ein komödiantenhafte Spiel mit den Interessen der deutschen Arbeiterschaft treiben wollen. Jedenfalls ergibt der Kampf der Berliner Metallarbeiter die harte Lehre: Wenn es irgendwo um ernste gewerkschaftliche Entscheidungen geht, dann stehen die Kommunisten gegen die Arbeiterschaft. Aber das Erfreuliche dabei war bisher, daß die Arbeiterschaft dann die vernagelten kommunistischen Schreier wie ein belangloses Nichts beiseite schob. So möge es in der deutschen Arbeiterschaft weiter gehandhabt werden. Das wäre auch die beste Lehre für die Unternehmer, die dann sähen, daß es den deutschen Arbeitern um eine ernsthafte geschlossene Arbeiterbewegung zu tun ist, die machtvoll ihre Interessen zu vertreten versteht und auf die verbrecherischen Parolen politischer und gewerkschaftlicher Scharlatane pfeift!

Gegen Faschismus und Reaktion!

Seit langem besteht kein Zweifel mehr, daß Deutschland vor einer faschistischen Periode steht. Dafür ist nicht nur die Wahl der 107 Nationalsozialisten in den Reichstag Beweis; ihre Wahl ist einer der Höhepunkte der über Deutschland hinweggehenden nationalistischen Welle, die die National-, sozialistische Deutsche „Arbeiter“partei auf die parlamentarische Plattform des Reichstags hob, von der die Hitlerianer nun versuchen, in das Reichskabinett hineinzuspringen. Noch ist ihnen dies nicht gelungen. Aber niemand kann sagen, ob dies so bleiben wird.

Der Nationalsozialismus ist eine nationale Abart des italienischen Faschismus, wenngleich auch nach Mussolinis Worten der Faschismus kein Exportartikel ist. Die Faschisten aller Länder und vor allem die faschistischen Führer in Deutschland, die Stahlhelm-Soldaten und Muffelberg, die Hitler, Goebbels, Frick und Franzen blicken — wie die Kommunisten nach Moskau — in gläubiger Verehrung nach Rom und haben dem „Duce“ Mussolini alles abgequakt. Die Tendenzen und Auswüchse des italienischen Faschismus sind schon längst ein Exportartikel.

Mit den verschiedenen Warenzeichen versehen wird nun der Faschismus in allen Ländern als Heilmittel gegen wirtschaftliche und soziale Uebel angeboten; und weil die Völker noch nicht Sinn und Wesen des Parlamentarismus und der Demokratie verstanden haben, wird die Hakenkreuz-Ware hingeworfen. In erster Linie allerdings von Soldatenschindern a. D., die heute keine Gelegenheit mehr haben, sich intensiv auf diesem Gebiet zu betätigen. Hakenkreuzware wird begeistert propagiert von Wichtiguern und Cerne-

großen, von Etappenhelden, Fememördern und ähnlichen Zeitgenossen. Etlliche Proletarier und Spießbürger, Wirtschaftsparteiler und „Wirtschaftsführer“ sehnen sich nach „starken Männern“, die heute in Doorn oder in Dels, in München und in Weimar, in Wien und in Innsbruck sitzen. In allen Ländern, wo die Völker sozusagen per Zufall ihre gekrönten Häupter losgeworden sind, weiß ein großer Teil nichts mit der ihnen in den Schoß gefallenen politischen Freiheit anzufangen. Dies machen sich gewissenlose, machthungrige und geltungstrieblüsterne Despoten zunutze, kommen in der Maske des Befreiers zu den Bedrückten und versprechen Erlösung von allen Uebeln. Die Parole lautet überall: „Kampf dem Marxismus!“

Heute „beglücken“ im Süden und im Osten nationalistiche Usurpatoren die Völker. In Rom sitzt Mussolini. Er ließ die Demokratie erschlagen und einige ihrer besten Vertreter, hervorragende Sozialdemokraten ermorden. Aber die wirtschaftliche Lage hat sich keineswegs gebessert. Sie ist, wie selbst von lediglich wirtschaftlich eingestellten Persönlichkeiten anerkannt wird, schlecht. In Ungarn sitztorthy, terrorisiert wie Mussolini die klassenbewußte Arbeiterschaft und hält ihre Organisation nieder. In Polen wütfet der wildgewordene Pilsudski mit seiner Obersten-Gruppe, in Rußland sitzt Stalin und beglückt unter den Klängen der „Internationalen“ das russische Volk, in Finnland strebt Lappo — wenn auch einstweilen wieder etwas zurückgedrängt — nach der Macht. Auch auf dem Balkan wird „gearbeitet“ nach dem Vorbild Mussolinis. Sozialisten und Gewerkschaftsführer werden verschleppt und ermordet,

die Pressefreiheit wird aufgehoben, die Arbeiterorganisationen werden zerstört.

Die nationalistische völkerfeindliche Welle bespülte schon seit Jahren die Schwelle Deutsch-Oesterreichs. Auch in Deutschland konnte man Schaumkrone der über die schwarz-rot-goldene Schwelle kommenden Wellen sehen. Zur Zeit aber steht Oesterreich, besonders das sozialdemokratische Wien, im Vordergrund. Dort führen unsere Genossen einen schweren und erbitterten Kampf gegen die k.k.-Heimwehr, im Volksmund „Hahneschwänzer“ genannt. Mit Hilfe der Christlichsozialen gelangten Steidle und Starhemberg in die Bundesregierung. Ihre erste Liebe galt dem Posten des Innenministers. Nun sitzt seit einigen Wochen der junge, etwa 28 Jahre alte Nationalist „Fürst“ Starhemberg im Innenministerium, schickt die Soldaten des Bundesheeres, die Gendarmerie, die Polizei und seine Agenten gegen die Sozialdemokratie und gegen die Gewerkschaften; schwingt den Jenfurknüppel gegen die Arbeiterzeitungen und gegen die demokratische Presse, läßt Hausdurchsuchungen abhalten, kurz und bündig: versucht alles, die Arbeiterschaft zu provozieren. Derselbe junge Mann, der sich auf seinen Gütern ein Privatheer hält, will den republikanischen Schulbund verbieten, läßt aber die Hahneschwänzer bewaffnen. Die Vorgänge in Oesterreich zeigen, wie notwendig es ist, daß die deutsche Sozialdemokratie ihre Machtpositionen selbst in den größten sozialpolitischen Stürmen innehalten muß.

Was wir in Oesterreich sehen, entspricht genau dem Weg des italienischen Faschismus. Nur der gemeinsamen Anstrengung der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften wird es gelingen können, den Faschismus zurückzuschlagen. Oesterreich muß den deutschen Arbeitern ein ganz besonderes Mahnzeichen sein! Auch in Deutschland ist der Nationalismus mobil. Die große Stahlhelmkundgebung in Koblenz, die „Sittertage“ und viele andere Vorgänge zeigen, wie groß die Gefahr ist. Mit welchen Waffen die Nationalisten kämpfen, zeigen zur Genüge die Gerichtsverhandlungen in Ikehoe und Altona, in Ostpreußen und anderen Orten, wo sich Vertreter und Verführte des nationalistischen Faustrechts vor Gericht verantworten mußten. Meistens waren es irreführende, unaufgeklärte Bauern, die sogar glaubten, die Mission Florian Geyers fortzuführen, wenn sie gegen Demokratie und Republik mit Dynamit und Mistgabeln „kämpfen“. Ein Ueberwicht der Geschichte ist es, daß sich beispielsweise auch die Nachkommen jener dithmarsischen Bauern, die schon im 10. Jahrhundert eine freie Bauernrepublik waren und diese fünf Jahrhunderte lang gegen Könige und Grafen verteidigten, heute zurücksehen nach Monarchie und Diktatur. Dithmarsische Bauernöhne sehnen sich zurück nach der preußischen Garde, die ihre Vorfahren am 27. Februar 1500 mit blutigen Köpfen nach Hause schickten! Sehnen sich zurück nach dem preußischen Kommissariat und glauben, daß dann ihr vornehmlich auf weltmarktpolitische Verhältnisse zurückzuführende schwere Lage geboben werden könne.

Die Liebe der Nationalsozialisten nach Innen- und Polizeiministerien hat bisher in Deutschland in zwei Fällen Erfolg gehabt. In Weimar und in Braunschweig thront je ein nationalsozialistischer Potentat im Ministersejel, sie regieren nach den Grundfäden des Dritten Reichs. Der Dienstälteste von beiden ist der Innen- und Kultusminister Thüringens, Dr. Wilhelm Frick. Seine Qualitäten sind bekannt. Es sei nur noch festgestellt, daß dieser Juden- und Franzosenfresser trotz gesunder und gerader Glieder als 35jähriger Mann den ganzen Weltkrieg „auf Befehl seines Königs“ in den Räumen des Bezirksamts Pirnaßens mitmachte. Man hat nie etwas davon gehört, daß er um seine Verletzung an die Front gebeten habe. Frick hat eine besondere Vorliebe für Fememörder und ähnliche Helden unserer traurigen Zeit. — Sein Kollege, Dr. Franzen in Braunschweig, ist zwar noch nicht in die politischen Letztes eingegangen, was aber zweifellos schon wegen seiner bisherigen Verdienste auf einer Berliner Polizeiwache nicht ausbleiben wird. Er regiert schon heute nach Mussolinis Methoden, verbietet in Braunschweig Zeitungen nur deswegen, weil sie sich mit seiner Person und seiner Berliner Sache beschäftigen, in der seine Schuld offenkundig ist. Zum Segen ihrer Untertanen regieren beide nach dem Gebot ihres Meisters und Herrn in München.

In allen Ländern sind also Reaktion und Faschismus am Werke, um aus der unsicheren politischen und wirtschaftlichen Lage der Welt Kapital zu schlagen. Man weiß in diesen Kreisen genau, daß beim jetzigen Stand der Allgemeinbildung irgendwelche Erfolge nur noch in Augenblicken möglich sind, wo das gesunde Urteil großer Massen durch höchste materielle und seelische Not erschüttert ist.

Deshalb wird jede entscheidende Maßnahme zur Befundung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse absichtlich hintertrieben. Hingegen wird die allgemeine Hilflosigkeit durch Terror und Gewalt gesteigert, besonders in jenen Ländern, wo sich in all den Jahren seit dem Kriege nicht einmal vorübergehend ein politisches und wirtschaftliches Gleichgewicht eingestellt hat. So zieht sich im östlichen Europa von Finnland bis nach Bulgarien ein schwarzes Band dunkelster Mächenschaften und Gewalttaten. Aber auch in den anderen Ländern Europas, wo Demokratie und Freiheit gesichert schienen, regen sich überall jene Mächte, die der Krieg nur zum Schweigen brachte, weil er alles mit Ruinen bedeckte.

Der Augenblick ist gekommen, wo sich das demokratische Europa auf seine Mission in der Welt zu besinnen hat! Aus diesem Grunde trafen am 29. Oktober in Köln die Exekutiven der politischen und der gewerkschaftlichen Internationalen zusammen. Sie bekundeten ihren festen Willen zur Verteidigung der Demokratie und menschlichen Freiheit, ferner warnten sie die Welt vor Entwicklungen, die die schlimmsten Folgen haben können.

Der Ernst der Lage sowie die Entschlossenheit der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft fand in einer Entschlieung Ausdruck, in der es am Schlusse — nach einer Darstellung der politischen Weltlage — heißt: „In Deutschland haben die Vertreter der reaktionären Demagogie bei den Wahlen großen Zulauf erhalten. Ihr Spiel mit Diktatur und Putsch kann Deutschland in den kommenden Monaten vor ernste Gefahren stellen. Die deutsche Sozialdemokratie hat es in dieser äußerst schwierigen Situation bisher vermocht, die faschistischen Bestrebungen zu durchkreuzen. Die internationale Arbeiterbewegung spricht ihr den Dank aus, daß sie in dieser Periode reaktionärer Vorföße mit vollem Bewußtsein die Verteidigung der Demokratie zum Angelpunkt ihrer Taktik im tiefsten Klasseninteresse des

Proletariat gemacht hat. Das Schicksal der Arbeiter aller Länder ist untrennbar miteinander verbunden, es fordert in höherem Grade als jemals früher tätige internationale Solidarität.

In dieser Periode bedrohlicher faschistischer Vorstöße rechnen der IGW und die GZ auf Wachsamkeit und Klugheit, Mut und Entschlossenheit der Arbeiter der bedrohten Länder und sie fordern die Arbeiter aller anderen Länder auf, den Kampf gegen den Faschismus mit allen geeigneten Mitteln zu unterstützen.

Wir rufen unsere Mitglieder ebenfalls zur Abwehr der Gefahr auf. Es muß sofort alles getan werden, was geeignet ist, die faschistische Welle zu brechen. Die Organisationen der deutschen Arbeiter müssen Wellenbrecher sein. Dabei genügt es bei weitem nicht, daß man die „richtigen“ Mitgliedsbücher in der Tasche hat; man muß sich auch intensiv und aktiv am Organisationsleben beteiligen.

Heute kommt es mehr denn je auch darauf an, daß kein Proletariat, sei er Arbeiter, Angestellter oder Beamter, möge es sich um einen weiblichen oder männlichen Angehörigen der Arbeiterklasse handeln, in seinem Hause eine Presse dulde, die nicht offen, frei und ehrlich gegen Faschismus und Reaktion kämpft.

### Der neue Kurs im Wohnungsbau.

Das zusätzliche Wohnungsbauprogramm des Reichs für 1930 will dem Mangel an solchen Wohnungen, die der Minderbemittelte bezahlen kann, abhelfen durch die möglichste Verminderung des Bauaufwands. Es enthält Grundzüge, die den mit Unterstützung öffentlicher Mittel arbeitenden Wohnungsbau zwingen, ausschließlich „Kleinwohnungen einfacher Art für Familien mit Kindern zu Mieten zu schaffen, die den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen der breiten Schichten der Bevölkerung Rechnung tragen.

Auch die kleinste Wohnung, — in den Ausführungsvorschriften als Typ IA bezeichnet — ist nicht für kinderlose Ehepaare gedacht. Solche sind von dem Reichswohnungsbauprogramm überhaupt ausgeschlossen; wohl in der Voraussetzung, daß die wirtschaftliche Not auf jeden Fall dort drückender ist, wo Kinder zu versorgen sind.

Im Hinblick auf diese Kleinwohnungen ist sehr beachtenswert, was der Stadtphysikus von Aulzig Dr. Theodor Gruschka in Heft 37 der „Sozialen Praxis“ vom 11. September 1930 über das Wohnungsminimum schreibt. Gruschka geht davon aus, daß das biologische Minimum die Bedingungen nicht für das bloße Sein, sondern für das Gedeihen umfaßt. Nur in diesem Sinne sollte der Minimumbegriff auch auf sozialem Gebiete Anwendung finden.

herabgedrückt, sich nicht das Bewußtsein für die Notwendigkeit der Abwehr aufrechterhielten. Diese Abwehr wird sich bei der Kampfweise unserer Gegner nicht auf demokratische Mittel beschränken können.

Die herrschenden wirtschaftlichen Nöte sollten eigentlich anspornen und die Ueberzeugung von der Richtigkeit des sozialistischen Willens müßte gerade in diesen Zeiten eine Stärkung erfahren. Die Gefahr für Republik und Arbeiterschaft ist immerhin groß genug.

Wir stehen vor einem schweren Winter. In Millionen von Familien herrscht allerhöchste wirtschaftliche Not. Diese Not wird und kann aber nur behoben werden, wenn es gelingt, den Faschismus zurückzudämmen, wenn es gelingt, die in so mühseliger politischer Arbeit wieder angeknüpften wirtschaftlichen und politischen Fäden zum Auslande und zum Weltmarkt nicht abreißen zu lassen.

stimmt werden, sondern müsse den einzelnen Wohnfunktionen — Verrichtungen des Haushaltes, Körperreinigung, Verrichtung der Notdurft, Einnehmen der Mahlzeiten, Aufenthalt der Kinder, Beschäftigung während der Freizeit, Schlaf, Beisichnahme und Ruhe bei Krankheit — entsprechen. Die Wohnungen werden nicht von Einzelindividuen, sondern von Familien bewohnt, darum müsse das Wohnungsminimum auch dem Familienminimum entsprechen.

Gruschka betont auch, daß es weltfremd wäre, zu glauben, daß ein junges Paar, die anfänglich für die kleine Bewohnerzahl zureichende Wohnung verlasse, wenn es Familienzuwachs wünscht. Es werde vielmehr in der alten Wohnung entweder zu gesundheitschädlicher Ueberbelegung kommen oder die Ueberbelegung werde vermieden und die Familie in der kleinen Wohnung klein bleiben.

Sowohl in der Fachliteratur wie beinahe alltäglich in den Tageszeitungen, wird durch die Beibringung von Tatsachen nachgewiesen, daß in der Tat bei den heutigen Wohnungszuständen ein Gedeihen des Volkes nicht möglich ist.

Reichswohnungsbauprogramm unzufrieden sind. Starkkistenwohnungen, worin, wenn etwa ein Kind geboren würde, das Kinderbettchen — also der Waschkorb — auf das Blumenbrett gesetzt oder — wie es tatsächlich schon in alten Mietkasernen vorgekommen ist — wenn kein Blumenbrett da ist, wie ein Vogelkäfig vor das Fenster hinaus gehängt werden mußte; — Wohnungen, worin, wenn einer stirbt, kein Raum wäre, ihn einzuliegen und darum die Einsegnung im Hausflur oder auf dem Hofe vorgenommen werden mußte; — solche Wohnungen sind von vornherein reformbedürftig.

Der Deutsche Textilarbeiter-Verband hat vor etwa zwei Jahren seiner zu rund 59% weiblichen Mitgliederzahl die Dreisatzgabe gestellt, sich schriftlich zu dem Thema „Mein Arbeitstag — Mein Wochenende“ zu äußern. Es wirkt auf empfindsamere Menschen geradezu bedrückend, wie stark in den Niederschriften der Arbeiterinnen — die jetzt gesammelt in einem Bande veröffentlicht wurden — das Verlangen nach frischer Luft immer wiederkehrt.

Es war der Geschäftsführer des Deutschen Vereins für Wohnungsreform, Bürgermeister a. D. Bruno Schwan, der kürzlich bei Besichtigung von Kleinstwohnungen darauf hingewiesen hat, daß in den schönen, größeren und mit moderner Behaglichkeit ausgestatteten Neubauwohnungen in den hübschen, lauberen Flachbau-Siedlungshäuschen sich bereits ein „funkelnagelneues Wohnungselend“ breitmache. Da die Inassen dieser idealen Eigenheime die finanzielle Belastung, die ihnen aus dem Erwerb der Eigenheime oder größeren Mietwohnungen erwuchs, sehr oft nicht mehr tragen konnten, mußten sie wohl oder übel von den 70 qm Wohnfläche ihres Heims 50 qm an Untermieter, „Möblierte“ oder Schlafgänger abvermieten, und sie selbst erleben nun in ihren schönen Heimen das alte, verderbliche Wohnungselend.

Die private und auch die gemeinnützige (genossenschaftliche) Bauwirtschaft ist teilweise in den von der Reichsregierung eingeschlagenen neuen Kurs eingeschwenkt. Aber die wenigsten werden sich klar darüber sein, wozu — kulturpolitisch betrachtet — dieser Weg führen würde, falls er nicht, wie man es heute wohl annimmt, in Bälde wieder verlassen wird.

Zu der Reichskleinstwohnung (die Typen für drei und vier Betten sehen Schlafkammern von 6 qm vor) gehören angemessene Möbel. Das ältere Arbeiterehepaar wird sich von seinen alten, schwer genug erworbenen Möbeln, die für die kleinen Räume viel zu groß sind, nur mit bitteren Gefühlen trennen. Opferte man diesem Besitz doch so manche persönliche Freiheit und so manche soziale Eigenwilligkeit.

Schon durch die Beschränkung des mobilen Hausratbesitzes auf das Wenige, was in der Kleinstwohnung unterzubringen möglich ist, schwächt man, ob man es will oder nicht, den Sinn für persönliches Eigentum überhaupt und allgemein. — Man erhört dadurch allerdings zugleich die Freizügigkeit des Arbeiters. Man wird mehr und mehr in der Wohnungspolitik damit rechnen müssen, daß die Industrie- arbeiter fluktuierende, d. h. nicht festhaltende, Bevölkerung ist (Industrienomad). In dieser Hinsicht ist zwar der neue Kurs in der amtlichen Wohnungsbaupolitik durchaus zeitgemäß, zwingt doch die Reichskleinstwohnung die Arbeiterfamilie dazu, ihren Hausrat möglichst klein zu halten und sich vor Familienzuwachs zu schützen.

durch den Einbau von Möbeln die Anschaffung eigener Großmöbel wie Schränke, Bänke usw. überhaupt ersparen. Damit erleichtert man ihm zugleich den Umzug von Wohnung zu Wohnung und von Ort zu Ort. Der durch eine größere Wohnung und schwer beförderlichen Hausrat an einen bestimmten Ort gebundene Arbeiter belastet den Arbeitsmarkt viel mehr als der mit persönlichem Hausrat vielleicht überhaupt nicht belastete und darum freizügige proletarische Wohnungsklientel.

Diese Art Freizügigkeit möchte man vor allem dem Bewohner der Industriearbeiterfiedlung, der sogenannten Werkswohnung, wünschen. Vermindert sie doch seine Gebundenheit, seine Unfreiheit gegenüber dem Werk. Sie vermindert aber auch die besonderen Schwierigkeiten, die allgemein bei Betriebsstellungen oder Arbeiterentlassungen größeren Stils besonders bei Konjunkturschwierigkeiten, auf dem örtlichen Arbeitsmarkt entstehen. Der durch Besitz nicht beschwerte freizügige Industrieproletarier oder Industriennomade ist viel leichter bereit, den Ort zu verlassen und irgendwo in der Welt Arbeit anzunehmen. Er bietet also viel mehr Möglichkeit, ihn in der nächstmöglichen Nähe jeder neuen Arbeitsstätte unterzubringen. Der verheiratete Kleinstwohnungsinsasse braucht dann nicht viel weniger beweglich — in diesem Sinne — zu sein wie der ledige. Für die Pflege der Arbeitskraft ist das nicht bedeutungslos. Man bedenke, wie viele Zeit und Kraft verloren geht, wenn der Arbeiter gezwungen ist, womöglich stundenlange Wege zwischen Wohnstätte und Arbeitsstätte zurückzulegen.

Der Reichsarbeitsminister hat bei der Verteilung der für die Durchführung des zusätzlichen Reichswohnungsbauprogramms vorgesehenen 100 Millionen Mark auf die einzelnen Länder außer der Bevölkerungszahl und der Anzahl der Wohnungen mit Untermieterfamilien und der überfüllten Wohnungen auch die Zahl der verfügbaren arbeitssuchenden Baufach- und Bauhilfsarbeiter zugrunde gelegt, um mittels dieses Bauprogramms auch zugleich den Arbeitsmarkt nach Möglichkeit zu entlasten. Er schreibt für die Reichskleinstwohnung vor, daß auf die Einrichtung von Bädern in den einzelnen Wohnungen verzichtet werde und nur Duschanlagen zulässig sein sollen. Die Baumeister sagen, Duschräume anzulegen sei nicht wesentlich billiger als Badewannen aufzustellen; deswegen ist man geneigt, sich mit dem Einbauen von Waschbecken zu begnügen. Mindestens aber muß man, wenn man grundsätzlich keine Badewanne und auch keine Dusche in Kleinstwohnungen einbauen lassen will, dem Insassen außerhalb seiner Wohnung Möglichkeiten zur Körperpflege bieten müssen. Das Bad in der eigenen Wohnung muß ersetzt werden durch bequem zu erreichende Massendäber.

Man sollte aber — unter bestimmten Familien- und Arbeitsverhältnissen — statt der Badefube lieber die Küche fortkommen lassen. Die Küche des Einzelhaushaltes stellt sich an Bau- und Einrichtungskosten feurer als die Badefube. Küchendunst und Küchenwraßen verschlechtern in der Kleinstwohnung die Luft in allen Räumen und greifen auch die Wände stark an. Wie wertvoll wäre der für die Küche beanspruchte Raum, wenn er als Schlafraum oder Wohnraum benützt werden könnte. Wie vorteilhaft wirkte sich der Gewinn dieses Raumes gesundheitlich, sittlich und gemüthlich, mit einem Wort: kulturell für die ganze Familie aus. Aus den verschiedensten — aus sittlichen, gesundheitlichen, wirtschaftlichen, mit einem Wort aus gemeinhin kulturellen Gründen liegt es nahe, nicht auf die Badefube, wohl aber auf die Einzelküche zu verzichten und sie durch eine Zentralküche für den ganzen Baukomplex zu ersetzen. Man bedenke, wie wesentlich die — oftmals erwerbsfähige Arbeiterfrau von Arbeit entlastet würde, welchen Gewinn sie als Gattin und Mutter hätte, wenn sie — ermattet von der Erwerbstätigkeit heimkehrend — das fertige Essen für die Familie aus der Zentralküche nur abzuholen brauchte und sich nur dem Manne und dem Kinde widmen könnte, anstatt in der Küche zu wirtschaften. Man denke auch an die berufstätigen ledigen Mütter!

In dem bereits zitierten Sammelbande „Mein Arbeitstag. — Mein Wochenende“ des Deutschen Textilarbeiterverbandes wird von den Arbeiterinnen darüber geklagt, daß ihnen die kurze Mittagspause kaum Zeit lasse, das Mittagessen für die Kinder zu bereiten. Es heißt da: „Das Mittagessen wird immer schon am Morgen gemacht und in die Fabrik mitgenommen. Manche Frauen, vor allem verheiratete, benötigen die 1 1/2 stündige Mittagspause trotz weiten Weges, um nach Hause zu gehen und für sich und ihre Kinder ein Mittagessen zuzubereiten.“ — Theodor Gruschka schreibt: Die berufstätige Frau, die Schwangerschaft und Geburt nicht als unabwendbares Schicksal ansieht, nehme die bevölkerungspolitische Mindestleistung der Aufzucht von 3 Kindern nicht auf sich, wenn sie auch die zeitraubenden und zermürbenden Arbeiten der primitiven Hauswirtschaft leisten soll. Es sei deswegen notwendig, ihr die von der heutigen Technik gebotenen weitestgehenden Arbeitsvereinfachungen für die Durchführung der Hauswirtschaft zu verschaffen. — Die kleinen und die schulpflichtigen Kinder sollten überhaupt nach Möglichkeit wenigstens tagsüber ebenfalls aus der engen Kleinstwohnung herausgenommen werden. Sie können im Kinderheim untergebracht werden, das im Innern jedes großen Arbeiterwohnungsblocks liegen sollte. Kommen die berufstätigen Eltern oder kommt die ledige Mutter am Spätnachmittag auf ganz kurzem Wege das Kind zu sich zu holen. Das Kinderheim kann sich aber auch inmitten eines anliegenden Laubengartens befinden.

Eine nahezu selbstverständliche Forderung ist es, den Kleinstwohnungsinsassen den schließlich doch jedem Tiere notwendigen Auslauf dadurch zu ermöglichen, daß man zu jedem größeren Stadtblock ein Stück Laubengarten gibt. Der Laubengarten ist erweiterte Wohnung. Es ist aufs höchste zu beklagen, daß in den letzten vier Jahren in Berlin rund 30 000 Kleingärtner durch Räumungsurteil von Kleingärten-Schiedsgerichten von ihren Gärten vertrieben worden sind, ohne daß ein Ersatz dafür geboten wurde.

Wir sehen also die kulturelle Entwicklung, die unausbleiblich kommen würde, wenn das Wohnungsbauprogramm des Reiches für 1930 nicht nur eine Notstandsmaßnahme wäre, etwa so: Kleinstwohnung, Verminderung des persönlichen Hausrates bis zur völligen Beseitigung persönlicher Großmöbel, Ablösung der Einzelküche durch die Zentralküche, Bewahrung des Kleinkindes und des Schulkindes in dem zum Wohnungsblock gehörenden Kindertagesheim, Erweiterung der Wohnung durch den Laubengarten, Verlegung der geistig- und körperlich-kulturellen Erholung in die Räume des Volksheimes. Die eigene Wohnung bleibt lediglich Unterkunftsstätte für die Nacht und für die Be-

friedigung intimer Lebensbedürfnisse. Die zunehmende Verminderung des Wohnraumes führt notwendigerweise zu einer Ablösung des familiären Lebens im engen Rahmen der eigenen Häuslichkeit durch eine größere, weitere soziale Gemeinschaft. So betrachtet, zeigt sich der tiefe Zusammenhang zwischen Wohnungsfrage und allgemeiner Arbeiterkulturfrage.

Hoffentlich erlebt die gegenwärtig heranwachsende Generation noch die glücklicheren Zeiten, die es dem Staat ermöglichen, auch Arbeiterfamilien kleine Eigenhäuschen mit Garten und blühenden und reifen Obstbäumen vor den Fenstern zu bauen und damit das Versprechen des Artikels 155 der Reichsverfassung wahr zu machen, in dem es u. a. heißt: „Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staatswegen in einer Weise überwacht, die Mißbrauch verhindert und dem Ziele zutreibt, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien, besonders den kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte zu sichern.“

### Die Unternehmerverbände für Arbeitszeitverlängerung und Lohnsenkung.

Am 3. November hat die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Richtlinien zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise aufgestellt. Man konnte eigentlich auf die Stellungnahme dieser Körperschaft angesichts der furchtbaren Not, die gegenwärtig in Deutschland herrscht, gespannt sein. Wenn man auch keine allzu großen Hoffnungen zu haben brauchte, so konnte man immerhin annehmen, daß sich die Unternehmerverbände angesichts der gespannten Lage zu einem Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Gewerkschaften bereit finden würden. Diese Hoffnung ist vergeblich gewesen. Die Spitzenorganisation der deutschen Unternehmerverbände ist in keiner Hinsicht von ihrer bisherigen Stellungnahme abgegangen. Versuchen wir die Meinung der Vereinigung kurz zu skizzieren.

Die Selbstkostengestaltung der deutschen Wirtschaft, soweit sie durch den Lohn beeinflusst wird, kann nur durch Senkung der Löhne oder durch Verlängerung der Arbeitszeit mit gleichbleibendem Schicht- und Wochenlohn erreicht werden. Eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich lehnt die Vereinigung entschieden ab, weil sie in ihren wirtschaftlichen Auswirkungen einer Lohnsenkung und damit der Erhöhung der Selbstkosten gleichzusetzen sei. Weiter erklären die Unternehmerverbände: Eine über den jetzigen Umfang hinausgehende Ausdehnung der Notstandsarbeiten ist ebenfalls kein geeignetes Mittel zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, da die Bereitstellung der notwendigen Kapitalmengen die entsprechende Entziehung von Kapital für die produktive private Wirtschaft und damit die Vergrößerung der Arbeitslosigkeit an anderer Stelle bedeuten würde. Die Notstandsarbeit in ihrem jetzigen beschränkten Umfang ist zu empfehlen, weil diese Arbeiten eine wirksame Unterstützung der zuständigen Stellen bei der Prüfung der Arbeitswilligkeit des Erwerbslosen darstellen. Eine gleiche Entlastung muß durch möglichste Erweiterung der Pflichtarbeit entsprechend § 91 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes im Rahmen der zurzeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen erstrebt werden. Die gleichen Gründe, die einer weiteren Ausdehnung der Notstandsarbeiten hindernd entgegenstehen, lassen die Durchführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht zurzeit unmöglich erscheinen. Jede Gewährung öffentlicher Mittel an private Betriebe ist abzulehnen. Soweit öffentliche Mittel an private Betriebe gegeben werden, ist dies nur in Fällen besonderer Art zu rechtfertigen und der strengsten Kontrolle zu unterwerfen.

Das sind in kurzem die Ratschläge, die die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise zu machen glaubt. Kein einziger neuer Gedanke, nur die Wiederholung der in letzter Zeit immer wieder gepredigten Gedankengänge. Verlängerung der Arbeitszeit oder Verkürzung der Löhne, das sind die Mittel, die die Unternehmer in Deutschland zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise anwenden wollen. Neu ist es vielleicht nur, daß die Unternehmer die Erweiterung der Pflichtarbeit „als erzieherisches Mittel im Interesse und Erhaltung der Arbeitsmoral“ für notwendig erachten. Die allgemeine Arbeitsdienstpflicht wird gegenwärtig abgelehnt, wenn man sich auch grundsätzlich nicht dagegen erklärt. Wir müssen uns eben damit abfinden, daß die Spitzenorganisation der Unternehmerverbände auf ihren alten Forderungen beharrt und nach wie vor jede vernünftige Verfügbildung unmöglich macht.

Am Abend des gleichen Tages, als die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zu den Forderungen der Gewerkschaften Stellung nahm, sprach Kollege Wilhelm Eggert vom Bundesvorstand des ADGB im Rundfunk, wobei er in eindrucksvoller Weise die Wege zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise und zur Milderung der Arbeitslosigkeit aufzeigte. Die Forderungen des Bundesvorsenders hatten dadurch Gelegenheit, die starren und unbeweglichen Forderungen der Unternehmerverbände und die Vorschläge der Gewerkschaften miteinander zu vergleichen. In recht eindringlicher Weise hat Eggert den gegenwärtigen Wirtschaftszustand in Deutschland folgendermaßen festgestellt:

1. Einen Produktionsapparat, der nach den Feststellungen des Enqueteausschusses nur zu 75 bis 80 % selbst in den besten Konjunkturen ausgenutzt werden konnte.
2. Die Produktion steigt schneller als der Bevölkerungszuwachs und als der Verbrauch überhaupt.
3. Die Steigerung des Einkommens der Arbeiterschaft ist weit hinter der Steigerung der Produktivität zurückgeblieben.
4. Die Wirtschaft kann bei der jetzigen Regelung der Arbeitszeit den Zustrom vom Arbeitsmarkt nicht aufnehmen.
5. Drei Millionen Erwerbslose begehren Arbeit.

Im weiteren setzte sich Eggert mit der Wirtschaft und Lohnpolitik der Unternehmer und der gegenwärtigen Reichsregierung auseinander, wobei er besonders den Arbeitslosen als Kosten element der Wirtschaft einer näheren Betrachtung unterzog. Dabei würde, so erklärte Eggert, vollkommen übersehen, daß Löhne und Gehälter eine völlig andere Funktion in der modernen Wirtschaft haben als etwa Rohstoffpreise und Kapitalzinsen. Diese erscheinen für das Unternehmen als eine Belastung. Löhne und Gehälter sollen aber nicht nur die Arbeitskraft erhalten, sondern sie haben in der modernen Wirtschaft die unerläßliche Funktion, den Ver-

brauch zu regeln und — das ist der Sinn allen technischen und wirtschaftlichen Fortschritts — den Verbrauch zu steigern. Auf die jetzige Krise angewendet, kann der Unterschied etwa so ausgedrückt werden: Senkung der Rohstoffpreise und des Kapitalzinses bedeutet Antriebs zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise, Senkung der Löhne und Gehälter hingegen bedeutet das Einschalten eines Hemmnisses ihrer Ueberwindung. Der Ausfall des Arbeiter-einkommens für das erste Halbjahr 1930 wird vom Institut für Konjunkturforschung auf 1850 Millionen Mark geschätzt. Für das ganze Jahr wird man auf mindestens 4 Milliarden Mark kommen. Das sind nahezu 10 % des gesamten Einkommens aller Arbeiter, Angestellten und Beamten. Die Folge hiervon ist, daß die Kleinhandelsumsätze einen großen Rückgang aufweisen. Die Schäden würden sich gewaltig vergrößern, wenn in die Löhne und Gehälter eingebrochen würde, ohne daß eine entsprechende Senkung der Lebenshaltungskosten eintritt. Würde z. B. ein allgemeiner Abbau der Tariflöhne und Gehälter um 8 % eintreten, so würde zu dem bisherigen Verdienstaufschlag von ungefähr 4 Milliarden Mark ein weiterer Ausfall von nahezu 3 Milliarden hinzukommen. Mit einem solchen Einkommensrückgang wäre ein weiterer Umsatzzug verbunden, der sich überaus unheilvoll auswirken und den Ablauf der Wirtschaftskrise erschweren würde.

Eine wirkliche Gesundung der Wirtschaft ist nach Meinung Eggerts und nach Ansicht der Gewerkschaften nur möglich, wenn die Senkung des allgemeinen Preisstandes durchgeführt wird. Zu diesem Zwecke müßte die Regierung, falls sich die Kartelle weigern, das Erforderliche tun, mit entschlossener Hand in die Kartellpolitik eingreifen und die Preisbindungen aufheben. Wenn 3 Millionen Arbeitslose Arbeit begehren, so gibt es im Augenblick keinen anderen Weg als die Verkürzung der Arbeitszeit. Darum sollte die 40stündige Arbeitswoche für die Dauer der Krise gesetzlich durchgeführt werden. Nach Schätzungen des ADGB könnte die Arbeitslosen-ziffer durch Verkürzung der Arbeitszeit, Abschaffung der Ueberstunden, Erhöhung des Personals der Reichsbahn und der Reichspost usw. um 850 000 vermindert werden. Die Arbeitszeitverkürzung kann nicht ohne Lohnausgleich geschehen, deshalb müssen die Gewinnreferenzen der Industrie zum Lohnausgleich herangezogen werden.

Wir haben damit die Forderungen der Unternehmer und die Ansicht der Gewerkschaften gegenübergestellt. Für die Arbeiterchaft kann es nicht zweifelhaft sein, welcher Weg beschritten werden muß. Sie hat durch die „Richtlinien“ der Unternehmerverbände wiederum den Beweis erhalten, daß diese Herrschaften nach wie vor auf ihrem Standpunkt, Verlängerung der Arbeitszeit bei gleichbleibenden Löhnen oder Verkürzung der Löhne bei gleichbleibender Arbeitszeit beharren. Ein Kompromiß ist unter diesen Umständen unmöglich. Deshalb muß nach wie vor darauf Gewicht gelegt werden, daß die Kampfkraft der Arbeiterchaft ungechwächt bleibt. Der Berliner Metallarbeiterstreik hat gezeigt, daß es bei den Auseinandersetzungen über den Weg zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise hart auf hart geht. Gefühlsduselei ist nicht am Platze; im Kampf um Lohn und Brot muß mit den schärfsten Mitteln gearbeitet werden. Jedem Arbeiter und Angestellten sollte eins klar sein: Sind die Gewerkschaften in den kommenden Kämpfen schwach, dann wird der Kampf um die Erhaltung des Lebensstandards der Arbeiter sehr schwierig werden. Darum stärkt eure Gewerkschaften und vermeidet jede Kräftezersplitterung!

### Liebenswürdige Aufforderungen.

Im „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“ vom 1. Oktober 1930 wird in einem Artikel „Rechtssprechung und Lehrvertrag“ über die jetzigen Lehrverhältnisse gemauert. Der Artikelschreiber empfiehlt darin, zur Umgehung der Rechtssprechung des Reichsarbeitsgerichts folgende Zusätze in den Lehrvertrag hineinzuschreiben: „In den Wintermonaten und bei schlechter Witterung sowie bei vorübergehendem Arbeitsmangel hat der Lehrling weder Anspruch auf dauernde Beschäftigung noch auf Zahlung der Entschädigung, da den vertragsschließenden Parteien bekannt ist, daß das Baugewerbe in seiner Eigenart bei der Beschäftigung seiner Arbeitskräfte von der Witterung und den Aufträgen abhängig ist“ — die Empfehlung bezweckt, den Lehrlingen die Bezahlung der Ausbildungszeit auch dann abzuschneiden, wenn sie durch Verschulden des Unternehmers zum Feiern gezwungen werden. Recht liebenswürdig, Herr Artikelschreiber! Aber sie irren sich! Unsere Lehrlinge werden sich das nicht gefallen lassen.

In einem anderen Teil des Artikels wird vorgeschlagen: „Auf der Lehrzeit wegen der Witterungsverhältnisse oder wegen Materialmangels auszusetzen und sind während dieser Zeit Beiträge zu den Sozialversicherungen zu leisten, so trägt auch während der Aussetzung der Lehrling die auf ihn anteilmäßig entfallenden Beiträge, die bei der nächsten oder übernächsten Zahlung der Entschädigung in Abzug zu bringen sind.“ In der Krankenkasse hat ein Lehrling, der ohne Entgelt beschäftigt wird, keine Beiträge zu leisten. Der Unternehmer muß sie allein entrichten. Und da, wo keine Bestimmungen in den anderen Versicherungszweigen hinsichtlich der Bezahlung der Beiträge durch die Unternehmer bestehen, sollten sich die Lehrherren einen Rückgeben und Kleinlichkeit beiseite lassen. Es ist der Ausbildungs-pflicht nicht würdig, Lehrlinge, die durch das Aussetzen ja schon geschädigt werden — denn nicht in allen Fällen erhalten sie Bezahlung —, noch geldlich zu schädigen. Oder ist die Ausbildung von Lehrlingen wirklich schon ganz und gar zum Geschäft geworden?

Da die Entscheidungspraxis hinsichtlich der Bezahlung der Stunden, die der Lehrling beim Gesellenstück zubringt, uneinheitlich ist und da man doch „unnötige Prozesse“ zu vermeiden wünscht, macht der Artikelschreiber den Vorschlag, in den Lehrverträgen hinter die Worte „zum Gesellenstück erforderliche Zeit zu gewähren“ einzufügen „jedoch ohne Vergütung“. Der Kleinlichkeiten größte ist das — wenn man alle Taten der Unternehmer befreit — noch nicht. Aber kennzeichnend für den „Geschäftsgeist“ des Unternehmers ist es. Einsichtige Unternehmer werden von diesen liebenswürdigen Aufforderungen zur „Verbesserung der Lehrverhältnisse“ keinen Gebrauch machen. Wenn, die es tun, werden wir zu begegnen wissen. Unsern Kollegen sei empfohlen: Paßt auf in allen Orten, daß den Unternehmern die Lust zu ihren „Verbesserungen“ der Lehrverträge vergeht. Sorgt für die Aufklärung der Eltern und der Jugendlichen!

Der endgültige Schiedspruch im Berliner Metallkonflikt.

Dieser Spruch des Schiedsgerichts ist leider über alle Maßen befremdend und weckend ausgefallen. Er hat an dem ersten Spruch materiell nichts geändert, lediglich seine Durchführung ist in vollem Ausmaß um 8 Wochen hinausgeschoben worden.

Für die Arbeiterchaft ergeben sich aus diesem Schieds-spruch, an dem zwei sogenannte Sozialpolitiker mitgewirkt haben, die Schlussfolgerungen für den Wert der Schlichtungspraxis von selbst. Die Auswirkungen sind ungeheuerlich, unübersehbar und untragbar.

Die Abfertigung des Dinta.

Im vorigen Monat wurde in Frankfurt am Main eine bedeutende werkspolitische Tagung mit dem Thema: Industrielle Arbeiterschulung abgehalten.

Oberingenieur Arnold stellte nach seiner üblichen Taktik auch diesmal wieder die Berufsbildungsarbeit des Dinta in den Vordergrund und ließ alle weitergehenden werkspolitischen Tendenzen, die untrennbar mit seiner Lehrlingsausbildung verbunden sind, eben nur anklängen.

Früh Fricke trat den Ausführungen Arnolds mit aller Deutlichkeit entgegen. Er setzte sich mit dem ersten Teil seines Vortrages auseinander, mit der Frage „Gewerkschaften und Berufsausbildung“ und kam ebenfalls zu dem Schluss, hier sei ein Gebiet, auf dem Arbeiter und Unternehmer durchaus vernünftig zusammen arbeiten können.

erziehung Ersatz für das alte Heer sein solle, daß der Arbeiter begreifen lernen müsse, daß im Produktionsprozess mehr gebietet als verdient werden müsse.

Damit hatte Fricke nachgewiesen, daß die Dintarbeit keineswegs in erster Linie die Berufsausbildung der Lehrlinge und ungelerten Arbeiter zum Ziele hat, sondern eine politische und gesinnungsmäßige Beeinflussung der Arbeiterchaft im einseitigen Interesse des Unternehmertums.

Arnold hat sich jedenfalls bei dieser Gelegenheit seine Abfuhr geholt, wie er sie längst verdiente, aber in seiner bisherigen Praxis noch nicht erlebt hatte.

Vom Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung.

Die Reichsregierung hat kürzlich durch den Mund des Reichskanzlers und den zweier Minister ihr Finanz- und Wirtschaftsprogramm bekanntgegeben. Das Programm bietet keine großen Überraschungen.

Die Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning bot an sich nichts Neues. Er sprach von der Wirtschaft, von ihren Erschütterungen und von dem Mut zur Unpopulartät, den die Regierung habe.

Zum Wohnungsbau äußerte sich der Kanzler, daß wir „in diesem oder im nächsten Jahre wieder zu einer Ueberleistung des Wohnungsbaues von der rein staatlichen Unterfertigung zur privaten Wirtschaftsform kommen, weil wir sonst in zwei oder drei Jahren zu einem jähen Abbruch kämen“.

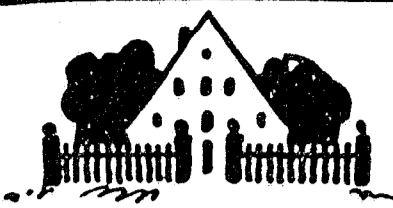
geniert sich aber nicht, von diesen Mitteln effiziente hundert Millionen für Verwaltungszwecke zu verwenden. Es wäre besser, wenn das Reich diese Mittel freigäbe.

Zunächst äußerte sich Reichsfinanzminister Dr. Dietrich. Bei den Ueberweisungen an die Länder sollen 100 Millionen gekürzt werden. Dr. Fricke braucht aber nicht zu befürchten, daß ihm und seinem Kollegen Dr. Franzen in Braunschweig die Polizeizuschüsse gesperrt werden.

Die Gehaltskürzung sei auf drei Jahre festgesetzt. Gemeinden, die sich weigern, ihren Beamten das Gehalt zu kürzen, sollen im Verordnungswege dazu angehalten werden.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald sprach dann über die Maßnahmen der Reichsregierung auf sozialpolitischem Gebiet. Für 1931 rechne er mit 1 1/2 Millionen Hauptunterstützungsempfängern, 900 000 Krisenunterstützten und 700 000 bis 800 000 Wohlfahrts-erwerblosen.

Damit hat der Reichsarbeitsminister ausgesprochen, daß er nicht in der Lage ist, die Löhne auf ihrer jetzigen Höhe zu halten. Die Reichsregierung redet dabei zwar immer von Nominallöhnen; aber eine Regierung, die die Nominal-löhne nicht halten will, andererseits aber selbst bekennen muß, daß ihre Maßnahmen zur Senkung der Lebensmittelpreise und Kleinhandelspreise ergebnislos verlaufen sind, kann und will auch nicht verhindern, daß die Reallohne sinken.



# Unterhaltung und Wissen



## Falet.

Erzählung aus der Fremdenlegion von Artur Krachten.

Falet stand auch in seinem Stammbuch. Mit ihm konnte er nicht mit einem Knecht verglichen werden, der doch auf gut französisch „Vale“ heißt. Aber Falet oder Vale, das war mir gleich. Für mich war er ein guter Kamerad, der, ohne jemals zu zögern, mit mir durch dick und dünn ging. Das änderte nichts an seinem Namen, der gewiß durch irgendeine Schlafmüdigkeit gefälscht worden war.

In seinem Stammbuch stand aber noch mehr. Falet war siebenundzwanzig Jahre alt und diente schon dreiundzwanzig Jahre treu und gewissenhaft in der Armee, ohne nur einmal versucht zu haben, der militärischen Disziplin den Rücken zu kehren, wie das bei den jungen Schnüffels unseres Schlages ziemlich oft vorkam. Dreiundzwanzig Jahre anstrengenden Dienstes hatten Falet vor der Zeit gebrechlich und grau gemacht. Das bemerkte ich am besten auf dem letzten Marsch, als er plötzlich stolperte und so lang er war, auf die Erde purzelte. Dabei sah er mich so frei und bittend aus den großen Augen an, daß es mir bis ins Innerste meiner Seele ging. Alleine konnte er schon nicht mehr aufstehen, und es gelang uns erst mit



Allein konnte er schon nicht mehr aufstehen.

Hilfe zweier Kameraden, den armen, ausgemergelten Falet wieder auf die Beine zu bringen. Der Adjutant sah ihm einen Trift in den Hintern, wobei er sagte: „Das Biest taugt nichts mehr, seine Knochen sind schon zu lahm.“

Wenn der Adjutant selten recht hatte, diesmal hatte er auffällig recht. Falet taugte nichts mehr. Das sagten auch die schlaffen Beine und die hervorstehenden Knochen an seinem verbrauchten Körper. Ja, Falet war alt, und er hätte auch als Esel mit siebenundzwanzig Lebensjahren schon seine Dienste getan haben müssen. Besonders wenn man seine Last getragen hat, wie er manchen unbehaglichen Reiter auf seinem nunmehr mageren Rücken trug. Aber trotz alledem konnte Falet auf seinen Lebenslauf stolz sein, der nicht so ganz ohne Ehre und Ruhm vorbeigewalzt war. O ja! Er hatte seine Pflicht erfüllt, manchen harten Strauß bestanden, wo sich andere eine jämmerliche Niederlage geholt hatten! Als junger, kräftiger Bürsche errang er manchen Ehrenpreis in den jeweiligen Wettrennen, die ihm noch heute hoch angerechnet wurden. Und selbst heute noch konnte er die dünnen Beine schmeißen, wenn es hieß, im gestreckten Galopp ein Ziel zu nehmen. Ja, selbst im Trab stellte Falet noch seinen Esel. Aber der Schritt, der Schritt tat es nicht mehr. Dabei fing er an zu schlafen und das Ende der Träumereien war gewöhnlich eine unliebliche Berührung mit dem Erdboden.

Kurz und gut: Falet hatte sein Gnadenbrod verdient. Da waren andere, in der Blüte ihrer Jugend, kräftige, schöne Maulesel. Da waren die Marinette, die Nini und Nimi, die Ninette und mehr noch. Alles temperamentvolle, raffige, vollschlanke Damen. Da war Bon-heur, ein Fräuleinchen, das sogar eine Linie über vollschlanke ihr Dasein demonstrierte. Lustig und fidel waren sie alle und vor allen Dingen kühlig. Der Bon-heur hatte man im Pensionat zu wenig Scharme beigebracht, weshalb jetzt noch der Sergeant Riland seine liebe Last mit ihr hatte. Sie war wohl willig und folgsam, aber der Sattel, besonders wenn sie ihn lange nicht getragen hatte, galt ihr das widerlichste Zuginstrument, was existieren mochte. Und wenn sie schlecht geschlafen hatte, dauerte es wohl oft eine geschlagene Stunde, bis sie fertig gesattelt dastand, weil sie immer mit jungfräulicher Fertigkeit das lästige Ding von sich schleuderte, indem sie ihre schlanken Beine in die Umgebung warf und hüpfte und tanzte, bis ihr das Gegenteil von dem gelang, was dem Reiter trotz allen Aergers nicht gelingen wollte.

Wenn ich das sah, dachte ich jedesmal: „Wenn du mal so alt bist wie mein Falet, wird dir das Springen schon vergangen sein!“

Hundertachtundfünfzig dieser edlen Gefährten hatten wir in der Kompagnie, mit denen wir wohl oder übel gute Kameradschaft halten mußten, wollten wir nicht als ekelig verschrien sein.

Von diesen allen wäre noch eine alte Jungfer zu erwähnen, die sich manchmal so kräftig und eckig be-

nahm, daß man nur im großen Bogen an ihr vorbeikam. Anastasia hieß diese Kantippe, die schon manchen armen, zerschlagenen Menschenkörper auf dem Gewissen hatte. Wenn sie mit ihren langen, hysterisch zuckenden Beinen nicht jede Woche einen ihrer Pfleger lazarettreife schlug, dann hatte sie bestimmt eine schlechte Zeit gehabt, und in der Woche darauf folgten dafür mindestens zwei.

Da konnte ich doch meinen Falet loben, wenn auch Adam nicht ganz mit ihm zufrieden war, wenn ich auch selbst bei meinem ersten Zusammentreffen mit ihm nur ein verächtliches „Mensch, ist dat ne Hippe!“ über die Lippen brachte.

Aber die „Hippe“ bewährte sich besser als manches junge Temperament. Mich ärgerte es bloß, daß Falet nicht eines Stückchen Brotes wegen hinter mir herließ, wie die Gourama das tat, die, sich schüttelnd, hinten und vorne auschlagend, ihrem Patron folgte, und dabei manchmal ganz sanfte Töne unter dem Schwanz hervorstieß.

Nein, das tat Falet alles nicht. Wo er stand, da blieb er mit gesenktem Kopf stehen, und alle Lebendigkeit seiner Kameraden konnte ihn nicht anderen Sinnes machen.

Er gab mir auch keinen Kuß, wie die Martaka, die gar nicht mit küssen aufhörte, bis sie irgendeine Lederei erhaschte. Aber die Kuhwütige hatte auch eine Untugend, die Falet nicht besaß. Sie fraß nämlich lieber alte, verfaulte Fußlappen, als die frische und duftende Gerste. Sie ließ sogar für ein paar saftige Lappen und Fleischreste den gelben Hafer im Futterack liegen. Ich glaube sogar, daß sie auch Papier fraß. Und Falet? Der war in solchen Sachen ein anständiger Kerl und ziemlich wählerisch. Nur ab und zu nahm er sich den Mut, an meiner Tasche zu schnuppern, wenn ich gerade nicht hinsah. Aber sobald ich aufmerksam geworden und mich plötzlich zu ihm wandte, hob er erschreckt den Kopf, drehte die Ohren nach allen Seiten, und seine Augen, die so blau wie der Himmel, starren mich ängstlich an, als wenn sie sagen wollten: „Verzeihung, Herr, daß ich mich vergaß, aber es soll gewiß nicht wieder vorkommen!“

Wollte ich ihn dann streicheln, hob er den Kopf noch höher, immer in der unerklärlichen Angst, daß nun ein Strafgericht kommen würde. Bis ich sagte: „Komm nur, Hippe, ich tu dir nichts; hier hast du auch ein Stück Brot!“ Vorausgesetzt natürlich, daß ich etwas in der Tasche hatte. Dann schnupperte er vorsichtig, drehte wieder die Ohren wie geübte Wetterfahnen, kam endlich langsam, ganz langsam näher, immer noch vorsichtig nach der anderen Hand schauend, ob die wohl nicht zum Schlagen bereit sei.

Da sagen die Menschen, Esel sind dumm, heimtückisch, dickfellig und widerspenstig. Wenn mancher bei uns das Verhältnis zwischen Herr und Esel gesehen hätte, würde er bestimmt anderer Ansicht und sich selbst der genannten Eigenschaften bezichtigen. Er würde zumindest sagen: „Ich Esel habe nun doch die Esel verkannt!“

Wenn dann Falet das Brot gekaut hatte, wenn ich ihm lieblos über die Nase fuhr und den mageren Hals kätschelte, schmeuerte er behaglich seinen Kopf an meiner Brust und wurde wieder zutraulich.

Und wenn ich ihm dann in den Ohren kraute, hob er den Kopf ganz hoch, streckte das Maul nach vorne und lachte, lachte, daß man selbst mitlachen mußte. Er lachte wirklich und wahrhaftig und war gleich böse, wenn ich nicht meine vorgeschriebene Zeit mit der kühligsten Geschichte einhielt. Er quälte, stieß und schubste solange, bis ich seiner Bitte nachkam.

Ich tat das auch. Aber Adam tat das nicht. Der gab ihm höchstens einen Schlag vors Maul und schimpfte ihn aus: „Verdammte Hippe!“ So nannten sie ihn nun alle, seit ich dies Wort geprägt hatte.

Adam konnte Falet nicht leiden und das wußte der ganz genau. Er sah ihn auch nicht gern und war noch refervierter gegen ihn, als gegen sonst einen Fremden. Das kam eben daher, weil Adam mit Knüffeln und Puffen nicht sparke, wenn er mit der Hippe zu tun hatte. Und zu tun hatte er damit, weil er das gleiche Recht hatte zu reiten, wie ich. Eine Stunde er, eine Stunde ich. Aber eins hatte ich Adam voraus, worauf er auch nicht neidisch war: Die Pflege und Verantwortung für alles, was Falet betraf, ruhte offiziell bei mir. Ich glaube, das sahen sie alle beide lieber.

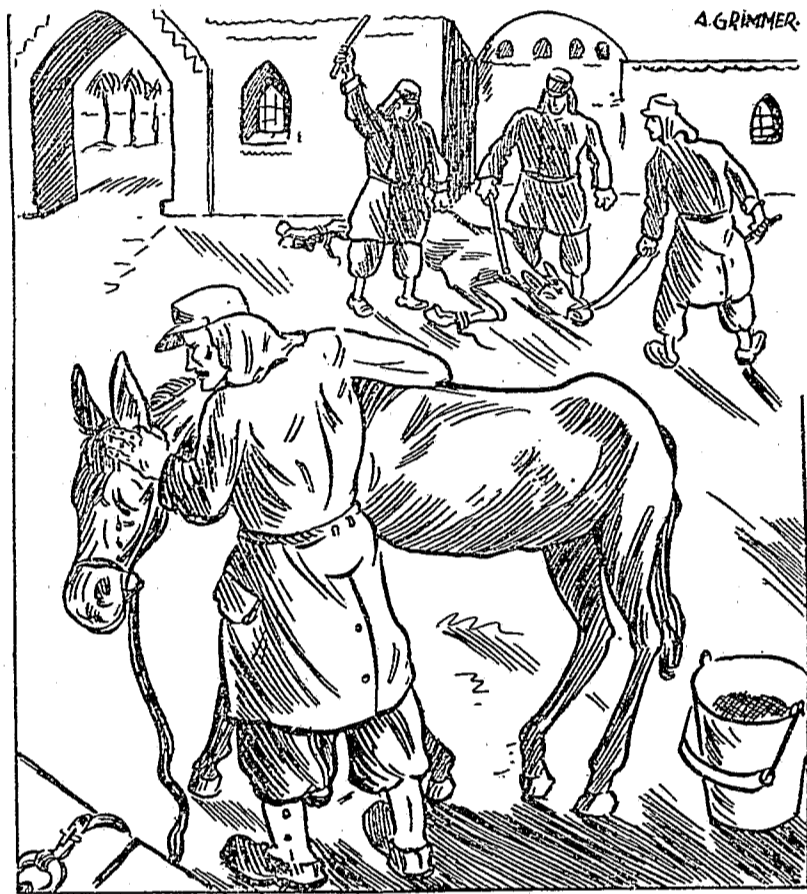
Da wurde Falet eines Tages invalid geschrieben, und aus war es mit unserer Kameradschaft. Mein neuer Esel, Martaka, verstand es, in vierzehn Tagen meine Gunst zu erringen. Nicht weil Martaka küssen konnte, o non, darauf hielt ich nicht viel. Ich war nie ein Freund von derartigen Liebesdiensten. Aber sie war nicht ganz so sonderlich, sie

war zuverlässiger, wenn sie auch nicht so glatt galoppierte und keinen so netten Trab lief wie Falet. Aber sie war ausdauernder auf dem Marsch, und das war ausschlaggebend. Doch ob sie treuer und zutraulicher war als ihr Vorgänger, bezweifelte ich. Ich sah sie niemals lachen, und wenn ich ihre Ohren noch so intensiv kraute. Sie schüttelte dann höchstens unwillig den schwarzen Kopf, aber das Küssen verlernte sie dabei nicht.

Sin und wieder besuchte ich auch noch meinen alten Freund, gab ihm einen leichten Klaps auf den mageren Hintern und kätschelte ihm den dünnen Hals. Er sah mich dann so raum- und weltvergessen an, so sonderbar traurig, daß ich immer an einen armen einsamen Menschen denken mußte, den die graufame Gesellschaft aus ihren Kreis gestoßen.

Doch wenn ich ihm die langen Ohren kraute, vergaß er alle Einsamkeit und lachte, lachte daß ich immer wieder mitlachen mußte.

Dann kam eines Tages der große Abschied für immer. Nicht Falet ging, der bekam noch immer das Gnadenbrod des Alters. Aber ich, ich ging und kam nie wieder. Und mit mir gingen 120 Mann, die zwei Jahre in der Kompagnie auf dem Buckel hatten. Außer uns war niemand in der Garnison, die Kompagnie lag draußen beim Straßen-



„Se, Alter, du weinst?“

bau. Also die beste Gelegenheit, sich an der hysterischen Kantippe Anastasia zu rächen. Der alte Lante wurden Stricke an die Füße gebunden, aber vorsichtig, worauf man ihr die Knochen unter dem Leib wegzog. Dann gab's Reile, aber saftig waren die, ich hätte sie meinem Falet nicht gewünscht, denn der wäre bestimmt darunter gestorben. Und das war gut, daß mir Falet noch einfiel. Ich mußte doch auch von ihm Abschied nehmen. Keine ruhige Stunde hätte ich mehr gehabt, wenn ich das verschmigt hätte.

Während Anastasia unter den Schlägen seiner Peiniger keuchte und stöhnte, besuchte ich meinen alten Freund. Er hatte mir den Kopf zugedreht und sah mich mit traurigen Augen kommen. Ich gab ihm den gewohnten Klaps: „Hallo Falet!“ sagte ich. Ich sagte nicht Hippe, wie sonst immer. Doch er sah mich auch nach dem Anruf immer noch traurig an. Ob er ahnte, daß geschieden sein mußte? „Warte“, sagte ich, „Du wirst auch noch zum Abschied lachen, brauchst mir keine Leichenbittertöne aufzusetzen.“ Ich streichelte seinen alten eckigen Kopf, der voller Narben war, alles graue, kahle Flecken. Ganz lachte, um ihn nicht zu erschrecken, fuhr mein rechter Zeigefinger in eine seiner Ohrmuscheln und strich sanft hin und her. Was war denn das? Ich wartete, daß nun Falet lachen würde — aber er lachte nicht. Er stand da, den Kopf gebeugt, wie ein Mensch, der sein Todesurteil empfangen soll, wie einer, der sich ergeben in sein Schicksal fügt und doch zu gerne schreien, laut aufschreien möchte dagegen. Auf meine Spielerei reagierte er nicht, er lachte nicht, jedenfalls, weil er nicht lachen konnte.

„Nanu Falet, nanu, Hippe, ist es denn nun mit unserer Freundschaft vorbei?“ Ich wußte nicht mehr so recht, wie ich ihn nennen sollte.

Er rührte sich nicht, und sah mich immer nur an aus Augen, die ich noch nie zuvor bei ihm gesehen hatte. Da schimmerte es so sonderbar, so so...

„Se Alter, du weinst?“ Da nahm ich seinen Kopf, legte ihn auf meine rechte Schulter, wo er schon so oft gelegen hatte und streichelte ihm die nassen Augen. Aber er hörte nicht auf zu weinen. Da ging ich mit grimmigem Augenzwinkern davon. Während über mich, während über ihn. Aber ich konnte Falet nicht weinen sehen.

Der 7. Band des „Großen Brockhaus“, des größten modernen volkstümlichen Nachschlagewerks in deutscher Sprache, wird — wie wir erfahren — noch rechtzeitig vor Weihnachten erscheinen. Diese Nachricht wird für die zahlreichen Bezahler des Werkes, das seine Unentbehrlichkeit für den modernen Menschen bereits mit den schon erschienenen sechs Bänden bewiesen hat, sicher von Interesse sein, denn sie zeigt, daß das vom Verlag angekündigte schnelle Erscheinungstempo gewissenhaft eingehalten wird.

## Komm mit, Kamerad!

Rumpedibum, rumpedibum . . .  
Die Trommel geht wieder im Lande herum!  
Überall Hasen und wütender Streit!  
Kamerad, Kamerad, nun halt dich bereit!  
Nun halt dich bereit zum Marschieren und Schlagen,  
Nun halt dich bereit, dein Leben zu wagen!  
Wir sind im Recht, die andern sind's nicht:  
Speien der Republik ins Gesicht;  
Können nichts schaffen und können nichts bau'n,  
Können nur hasen und hegen und hau'n.  
Denk an Italien und Ungarn und Polen:  
Soll auch dich erst der Henker holen?  
Lüffet es dich nach neuen Kriegen?  
Soll die faschistische Bestie siegen? — —  
Wir kämpfen für Freiheit, für unseren Staat!  
Die Trommel ruft dröhnend: Komm mit, Kamerad!  
E. G.





so wird er auf der Stelle entlassen. Auf den Entlassungschein wird dann geschrieben: „Entlassung wegen Arbeitsfreudigkeit“ oder „Nicht geeignet für unsern Betrieb“. Eine wunderbare „Erfindung“! Jetzt kann der Mann stempeln gehen, ohne daß die Firma befürchten muß, mit dem Arbeitsamt in Konflikt zu kommen. — Wenden sich aber diese geplagten Menschen, die bei Wind und Wetter für 79 3 Stundenlohn die schwere Arbeit verrichten müssen, an ihre zuständigen Organisationen, damit diese versuchen, die Mißstände zu beheben, Baudelegierte wählen zu lassen usw., dann kommt Herr Köhler vom Ruhrfaltperrverein und erklärt kurzerhand: Jede Versammlung ist verboten. Die Artikel 118, 124 und 165 der Reichsverfassung, das Betriebsstrafgesetz sowie den Tarifvertrag für das Baugewerbe hebt der allgewaltige Herr Köhler auf mit der Erklärung, das Lokal, sonstige Gebäude und das ganze Gelände, soweit die Faltperrerei reicht, sind Eigentum des Ruhrfaltperrvereins. Und in diesem Gebiet wird keine Versammlung gebildet. Erlaubt sich trotzdem jemand auch nur den Versuch einer Zusammenkunft, so stehen neben den schönen Autos der Herren auch gleich vier Gendarmen vor dem Lokal. Was soll dies bedeuten? Soll es unter Still-schweigen der Behörden auch hier wieder so gehen wie an der Sorpefaltperrerei? Dort haben nur die Unternehmer und Kantinenwirte auf, ja sehr gut verdient. Von den dort beschäftigt gewesenen Arbeitern sind jedoch 90 %, die noch mit heiler Seele dort hinkamen, mit einer kaputten und ohne Geld wieder fortgegangen. Arbeiter der Faltperrerei, soll es hier auch wieder so werden? Wenn nicht, so rafft euch auf. Schließt euch der zuständigen Organisation, dem Deutschen Baugewerksbund an. Wählt Baudelegierte, damit die Mißstände behoben werden können. Lebt Solidarität!

**Wittenberg.** Am 2. November hielten wir unsern Vertretertag ab. Der Vertretertag am 1. Juni mußte abgebrochen werden, weil wegen der Phrasendrescherei der RGO und der Kommunisten die Zeit verströb worden war, so daß ein großer Teil der auswärtigen Kollegen, um noch zu dem Zuge zu kommen, die Tagung verlassen mußte. Um aber nicht mit einem halben Vertretertag arbeiten zu müssen, wurde die Versammlung damals geschlossen. — Diesmal sollte wiederum die Tagung auf ein solches Geis geschoben werden. Aber die Vertreter hatten keine Lust, sich die Propagandareden der RGO und RGO anzuhören und geboten den Phrasendreschern Einhalt. Der Geschäftsführer gab darauf den Geschäftsbericht, worauf ihm Entlassung erteilt wurde. — Die vom Vorstand und Beirat vorgeschlagenen Kollegen für den Vorstand wurden gewählt. Geschäftsführer ist Kollege Arnold. Ueber eine Resolution von kommunistischer Seite ging der Vertretertag zur Tagesordnung über. — Dieser Vertretertag zeigte, daß unsere Kollegen Arbeit zum Wohle der Allgemeinheit leisten und sich nichts von einigen Phrasenhelden diktieren lassen wollen.

## Aus den Fachgruppen

### Glasler.

Dresden. In unserer sehr gut besuchten Versammlung am 25. Oktober gab Kollege Leipzig einen ausführlichen Bericht vom Verbandstag und vom Bundestag. Darauf gab Kollege Teufsch seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Glaslerlehrlinge an der Jugendarbeit und den Bauabenden großes Interesse zeigen, es sei nicht mehr ferne, wo sich alle Lehrlinge an diesen Abenden beteiligen werden. Am 23. November, vormittags 10 Uhr, wird die Neufelder Feuerwache besichtigt. Teufsch forderte die Kollegen zur Teilnahme auf. Die reguläre Versammlung im November fällt aus.

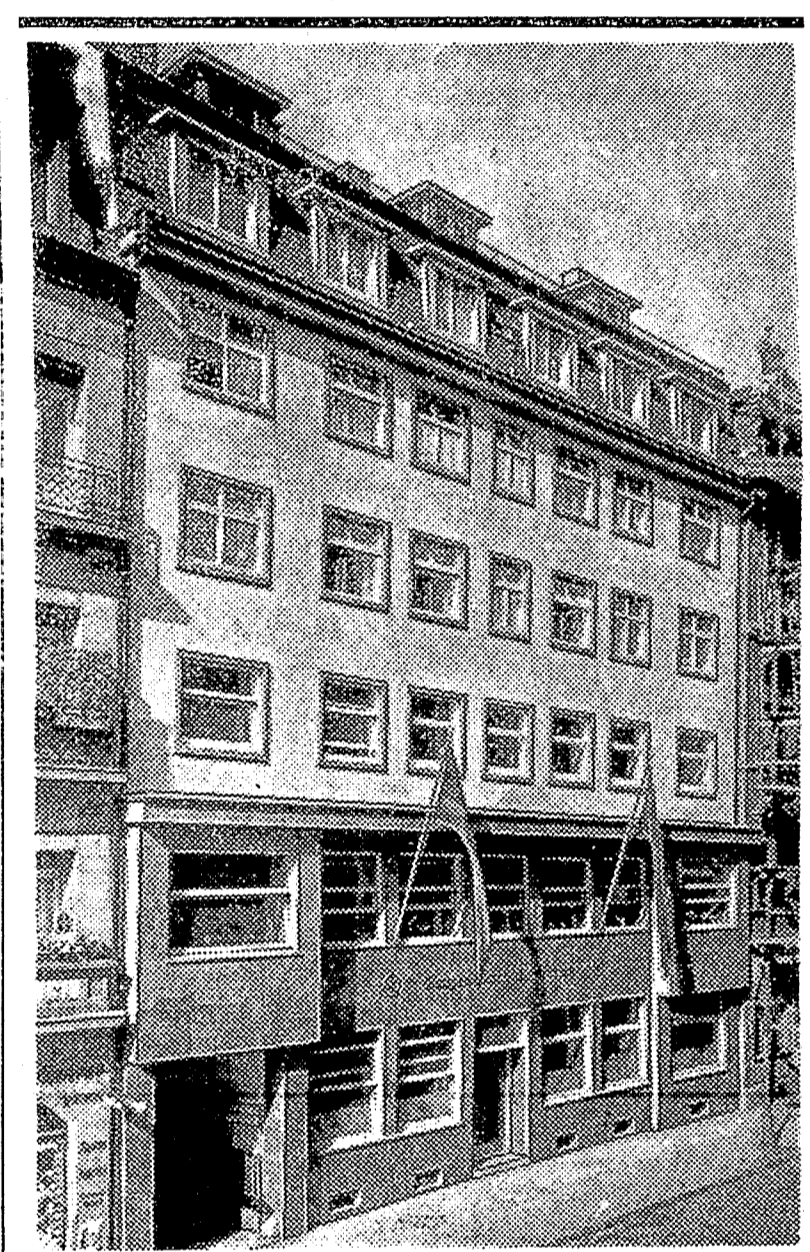
### Isolierer und Steinholzleger.

Berlin. Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung der Steinholzleger folgte am 20. September mit Interesse dem Bericht des Kollegen Fabian vom Verbandstag. Der Reichsfachgruppenobmann, Kollege Hopfen, habe die Steinholzleger als Benjamin unter den Fachgruppen bezeichnet. Dieser Benjamin stehe aber in der Bewegung an erster Stelle. Er müsse den Goliath, die Maurer- und anderen Fachgruppen im Reich, erschlagen, um mehr zu unterstützen, indem sie auf den Baustellen Bücherkontrolle vornehmen und uns mitteilen, wo unorganisierte Steinholzleger sind, damit wir die nötigen Schritte unternehmen können. Dann wird Benjamin bestimmt noch wachsen. — Die Arbeitsgelegenheit war bisher gut. Da ständig Nachfrage nach Steinholzlegern war, versuchten die Unternehmer von auswärtigen Kollegen heranzuziehen. Die Unternehmer lehnten es jedoch ab, die tariflichen Bedingungen einzuhalten, hauptsächlich die Auslösung zu zahlen. Leider haben sich in diesem Jahre einige Kollegen von auswärtig verleiht lassen, zu untertariflichen Bedingungen in Berlin zu arbeiten. Derartige darf nicht wieder vorkommen! Den Kollegen im Reich sei gesagt, daß Berlin einen eigenen Arbeitsnachweis hat. Sämtliche Anfragen über Arbeitsmöglichkeiten sind an unsere Fachgruppe in der Baugewerkschaft, Großbeerenstraße 96, zu richten. Auch wird den Fachgruppen im Reich empfohlen, wie schon vor 25 Jahren in Berlin, zu beschließen, daß kein Steinholzleger unter Tariflohn und ohne Auslösung nach außerhalb fahren darf. Zu verwerfen ist auch, daß einige Kollegen, besonders im Rheinland, entgegen den tariflichen Bestimmungen in Akkord arbeiten, was wahrscheinlich auf Unkenntnis des Tarifvertrages zurückzuführen ist. Ein besonderes Kapitel ist die Werkzeugfrage. § 11 des Tarifvertrages schreibt vor, daß der Leger lediglich Hammer und Glättkelle, alle anderen Werkzeuge jedoch der Unternehmer zu liefern hat. In Berlin weigern sich die Unternehmer, Spachtelkellen zu liefern. — Kollege Lorenz berichtet von der Tarifamts-sitzung: Die Unternehmer stehen auf dem Standpunkt, daß mit der Glättkelle auch zu spachteln sei. Kollege Lorenz erklärte ihnen, daß sie keine Ahnung von Steinholzarbeiten hätten. Ein Spruch wurde nicht gefällt, weil der Vorsitzende des Tarifamtes — der kein Fachmann ist — erst Erkundigungen einziehen will. Wir weisen besonders darauf hin, stets das erforderliche Werkzeug zu verlangen. — Die Kollegen im Lande werden ersucht, fest mit uns zusammenzufassen, um die Lücken, die im Tarifvertrag noch vorhanden sind, auszumergen und einen neuen und besseren Tarifvertrag zu schaffen!

### Stukkateure und Pußer.

Leipzig. In der Oktober-Versammlung nahmen die Kollegen zunächst die Berichte unserer Tagungen in Stuttgart und Frankfurt a. M. entgegen. Wenn wir auch

durch die Presse über den Verlauf der Tagungen informiert waren, so zeigte es sich doch, daß ein mündlicher Bericht seinen Wert hat. Besonders an den Vortrag des Kollegen Hopfen in Stuttgart knüpfte sich eine anregende Aussprache. Die Kollegen der Stuck- und Modellbranche sind durchaus nicht gefonnen, die Stilentgleisung, die sich „neue Sachlichkeit“ nennt, als gottgewollt und unabänderlich hinzunehmen. (Das war auch die Ansicht des Referenten in Stuttgart. D. R.) Die Sparsamkeit, mit der man die schmucklose Bauweise unter anderem begründen will, wurde als unaufrichtig bezeichnet. Dieser zur Schau getragenen Sparsamkeit steht eine ziemliche Verschwendung gegenüber. Uebrigens erinnert die „neue Sachlichkeit“ sehr an die alte Sachlichkeit wilhelminischer Kasernen- und Volksschulbauten. Es wurde darauf hingewiesen, daß von vielen alten Kulturen nur noch der plastische Schmuck an den Trümmern zeugt. Man hat das Gefühl, als würde bewußt die Fassade der Republik möglichst schmucklos gehalten, um sie als kulturlos erscheinen zu lassen. Es wurde in diesem Zusammenhang auf München verwiesen. Dort hat man in den neuen Richtlinien für den städtischen Wohnungsbau die Bestimmung aufgenommen: „Bei der Ausführung der Häuser sind mehr als bisher Stuck-, Steinmehl- und Bildhauerarbeiten, sowie kunstgewerbliche Arbeiten (Kunstschlosser- und Schmiedearbeiten) vorzusehen!“ (Bauwelt Nr. 31: „Münchener Wohnungsbau“.) — Hieraus ist zu entnehmen, daß die neue Stillebnheit durchaus nicht überall Anhänger hat. Es gibt auch sonst noch viele Architekten, die gern anders möchten, aber nicht den Mut aufbringen. Bedauert wurde, daß selbst die Arbeiterpresse gegen unsere Arbeiten stel-



Das neue Bureauhaus unserer Dresdener Baugewerkschaft.

lung nimmt. Beim Bau von Gewerkschaftshäusern wird oft völlig vergessen, daß es eine fünfzehntausend Mitglieder starke Stuckfachgruppe gibt. Dazu kommen noch die Bildhauer der Modell-, Stein- und Holzbranche. Alles Leute, seit langen Jahren politisch und gewerkschaftlich organisiert, und vorbildlich in jeder gewerkschaftlichen Hinsicht. Erinnert sei, daß sich die obigen Gruppen die achtstündige Arbeitszeit erkämpfen zu einer Zeit, als sie für die anderen Arbeiter noch ein Wunschtraum war. — Beschlossen wurde, sich mit allen Instanzen (Stadt, Staat, Presse, Architektenbünde usw.) zwecks Besserung unserer Lage in Verbindung zu setzen. Die in Betracht kommenden Organisationen sind mobil zu machen. Zur Durchführung dieses Beschlusses wurde eine Kommission gewählt. Kollegen im Reich! Schließt euch unserem Vorgehen an, zeigt, daß auch die Not noch nicht die letzte Energie geraubt hat. Geschlossen haben wir früher viel erreicht. Wir werden es auch heute, wenn sich alles hinter uns stellt!

### Töpfer und Fliesenleger.

Moskau. Im Lohnstreit in der Scheibentöpferei ist zwischen dem Arbeitgeberverband für Moskau, Weißwasser und Umgebung und der Töpferinnung zu Moskau einerseits und dem Deutschen Baugewerksbund, Baugewerkschaft Moskau, andererseits folgende Vereinbarung getroffen worden: „Die am 8. Juli 1929 vor dem Schlichter in Breslau vereinbarten Löhne (Akkord- und Stundenlöhne) werden vom 1. September 1930 an bis in die Lohnwoche, in die der 31. Januar fällt, weiter gezahlt. Wird diese Vereinbarung nicht spätestens am 31. Dezember 1930 gekündigt, so läuft sie mit gleicher Kündigungsfrist immer um zwei Monate zum Monatschluß weiter. Alle übrigen Bestimmungen des Lohnarbeits bleiben gleichfalls in Kraft mit derselben Laufdauer.“



## Aus der Bauarbeiter-Internationale

### Vom Lehrlingswesen in Großbritannien.

(B-I.) Wie in vielen anderen Ländern, so muß man auch in Großbritannien, um Facharbeiter zu werden, eine Lehrzeit durchmachen. In der Regel beginnt die Lehre nach der Schulentlassung. Nach dem 16. Lebensjahr soll niemand mehr als Lehrling aufgenommen werden; lediglich in Ausnahmefällen ist die Grenze 17 Jahre. Bei

Beginn der Lehre wird ein Vertrag abgeschlossen, in dem in der Regel eine Probezeit von drei Monaten vorgesehen ist. Gewöhnlich dauert die Lehrzeit 7 Jahre. Wer also die Lehre mit 14 Jahren beginnt, hat bis zum 21. Lebensjahr zu lernen. Wer mit 16 Jahren in die Lehre kommt, vorher also noch die Schule besucht, lernt nur 5 Jahre. Jede Lehre endet mit Vollendung des 21. Lebensjahres. Das ist die Regel. Eine auf gesetzlicher Grundlage beruhende Berufsschule gibt es nicht. Den Lehrlingen wird aber empfohlen, Abendklassen und auch Tagesklassen zur technischen Ausbildung zu besuchen. — Es ist nun interessant zu wissen, was die englischen Lehrlinge im Baugewerbe verdienen. Die folgende Tabelle gibt darüber Auskunft:

Alter:	Verdienst je Woche:
14 bis 15 Jahre	etwa 9,50 Mark (sh. 9/6)
15 bis 16 Jahre	etwa 11,50 Mark (sh. 11/6)
16 bis 17 Jahre	etwa 13,50 Mark (sh. 13/6)
17 bis 18 Jahre	etwa 16,— Mark (sh. 16/0)
18 bis 19 Jahre	etwa 20,— Mark (sh. 20/0)
19 bis 20 Jahre	etwa 25,50 Mark (sh. 25/6)
20 bis 21 Jahre	etwa 34,— Mark (sh. 34/0)

Dieser Lohn wird gezahlt für Maurer-, Tischler-, Steinmetzen-, Steinsetzer-, Klempner-, Dachdecker- und Malerlehrlinge. Die Gesellen in diesen Berufen verdienen bei 44stündiger Arbeitszeit etwa 76 Mk. (76/0 sh.) in der Woche. — Eine nach Beendigung der Lehrzeit abzulegende Gesellenprüfung gibt es nicht. In manchen Orten bestehen aus Unternehmer- und Arbeitervertretern zusammengesetzte Ausschüsse, die in Lehrlingsfragen zu beraten und darüber Beschlüsse zu fassen haben. — Diese Angaben über die Lehrverhältnisse entstammen einer vom Bildungsausschuß in Liverpool zur Berufsberatung herausgegebenen Schrift. Sie betreffen hinsichtlich des angegebenen Lohnes der Lehrlinge in erster Linie Liverpool. Die sonstigen Angaben entsprechen den allgemeinen Lehrverhältnissen in Großbritannien.

(B-I.) Fachkurse des Bauarbeiterverbandes in Frankreich. Wie aus dem Mitteilungsblatte der Ortsgruppe Paris des Französischen Bauarbeiterverbandes hervorgeht, werden im kommenden Winter auch innerhalb dieses Verbandes Fachkurse abgehalten. „Wir rufen alle Beschäftigten des Baugewerbes, Lehrlinge, Gesellen, Vorarbeiter und Techniker auf, an diesen Kursen teilzunehmen“, heißt es in dem erwähnten Aufruf und läßt damit erkennen, daß entweder die Mitgliedschaft sehr vielgestaltig sein muß, oder der Verband sich an die weitere Öffentlichkeit wendet. Das gleiche ersieht man auch aus dem Lehrplan, der Kurse für Zeichner, Zimmerer, Holzarbeiter, Holzschnitzer, Elektriker, Steinmetzen und Betonarbeiter vorsieht. Rein technische Kurse (Berechnen und Zeichnen) sind angesetzt worden in den Berufen der Schlosserei, Holzbearbeitung, Malerei, Eisenbetonindustrie, Klempnerei und Elektroinstallation. Alle Kurse sind unentgeltlich. Unkosten entstehen also nur hinsichtlich der Beschaffung der Lehrmittel. — Beachtlich erscheint ferner, daß in demselben Blatt auch ein Aufruf erscheint, in dem alle jugendlichen Mitglieder aufgefordert werden, einem zu gründenden Sportklub der Verbandsjugend beizutreten. Da keine Jugendabteilung besteht, scheinen die französischen Kollegen die Organisierung der Jugendkollegen also auf dem Umweg über den Sport erreichen zu wollen.

(B-I.) Ungarn. Der Vorstand des Ungarländischen Bauarbeiterverbandes schreibt: Duldet keine unorganisierten ungarischen Bauarbeiter! Es geschieht oft, daß unorganisierte ungarische Bauarbeiter, wenn sie im Auslande nach ihrem Organisationsausweis gefragt werden, sich verteidigen mit der Behauptung, in der Gegend, aus der sie stammen, bestehe keine Bauarbeiterorganisation. Das ist eine leere Ausrede. Der Ungarländische Bauarbeiterverband zählt 120 Zahlstellen im Lande, und es gibt kein Gebiet, wo die Zahlstelle unerreikbaar ist. Wer der Organisation angehören will, hat Gelegenheit dazu. Die Propagandatätigkeit des Verbandes erstreckt sich bis in die entlegensten Gebiete, so daß die dort lebenden Bauarbeiter Kenntnis haben vom Bestande des Verbandes.

## Vom Bau

Karlsruhe. (Baukontrolle.) Die Bauarbeiter-schutzkommission Karlsruhe unternahm in der zweiten Hälfte des Monats Oktober eine Kontrolle der Neu- und Umbauten in den Lohngemeinden Karlsruhe, Durlach und Ettlingen. Im Lohngemeinde Karlsruhe wird den Unfallverhütungsvorschriften mehr Beachtung geschenkt als in den Lohngemeinden Durlach und Ettlingen, was auf die ständige Kontrolle durch die städtischen Baukontrolleure zurückzuführen ist. Trotzdem hatten wir aber auch in Karlsruhe eine Reihe von Unfällen. Außer bei Geräften, Unterkunftsräumen und Aborten trifft dies besonders zu auf das Fehlen der neuen Unfallverhütungsvorschriften. Unter solchen Umständen braucht man sich natürlich nicht zu wundern, wenn die Vorschriften unbeachtet bleiben. Vor allem hat man in den kleineren Städten und Gemeinden immer noch versucht wenig für den Schutz der Bauarbeiter übrig. Außerhalb Karlsruhe trafen wir Unternehmer an, die noch nicht einmal wußten, daß seit dem 1. Januar 1930 neue Unfallverhütungsvorschriften herausgegeben worden sind. Die Bauarbeiterschutzfrage ist für einen großen Teil der Unternehmer Nebenache. Die Herren wollen nur am Schlusse des Arbeitstages ein ansehnliches Pensum Arbeit sehen, damit der Profit nicht geschmälert und der kurze Bauernmin eingehalten wird. Hier müßten die bauaufsichtführenden Behörden weit schärfer hinterher sein, um wenigstens das Mindestmaß im Bauarbeiterschutz durchzusetzen. — Besucht wurden 106 Neu- und Umbauten. — Die neuen Unfallverhütungsvorschriften fehlten auf 39 Baustellen, in 36 Fällen fehlte der Auszug aus den Unfallverhütungsvorschriften und in 41 Fällen die Anleitung zur ersten Hilfeleistung. In 2 Fällen fehlte der Unterkunftsraum ganz, in 7 Fällen waren Dach oder Seitenwände nicht dicht. Materialien und Werkzeuge lagerten in 5 Unterkunftsräumen, in 4 Fällen waren diese zu klein. In 7 Fällen fehlten die Fenster, 4 Baubuden hatten keinen Fußboden, 7 waren unfauber. In 6 Unterkunftsräumen fehlte der Ofen. Der Verbandkasten fehlte in 21 Fällen; in 22 Verbandkästen war ungenügendes Verbandmaterial oder gar nichts. Auf 3 Bau- und Arbeits-

stellen fehlte der Abort, in 4 Fällen stand er nach der Straße, in 8 Fällen waren Dach oder Seitenwände undicht. An 3 Aborten fehlten die Sitzbrillen, 6 waren unsauber; 1 Abort stand in nächster Nähe des Unterkunftsraumes. Auch bei den Außen- und Innengerüsten wurden Mängel festgestellt. In 15 Fällen waren Schutzgeländer oder Bordbreiter nicht angebracht. In 6 Fällen waren die Leiterpfosten aufgenagelt. Der zweite Dielenbelag unter dem Gerüst fehlte in 6 Fällen. Ein- und Ausgänge hatten in 13 Fällen keine Schuttdächer, in 6 Fällen waren die Deckungen nicht unfallicher abgesperrt. An 2 Leitergerüsten fehlten die Steigleitern. Bei Dachdeckerarbeiten fehlten in 2 Fällen Schutzgerüst, Sicherheitsgürtel und Leine. In 2 Fällen fehlte bei Tiefbauarbeiten die gesetzlich vorgeschriebene Abstiegsöffnung. Bei den Malerarbeiten wurden in 3 Fällen bleihaltige Farben verwendet, das Bleimerkblatt war auf der Arbeitsstelle nicht vorhanden. Handtuch, Seife und Nagelbürste für Maler fehlten in 5 Fällen. Auffallend schlecht steht es mit dem Bauarbeiterschutz bei den Spezialberufen, den Gipsern, Plattenlegern, Steinholzbohlenlegern usw. Unfallverhütungsvorschriften und Verbandstoffe sind in diesen Berufen unbekannt. Begriffe. Die Bauanschläger, Bauhelfer, Elektro- und Heizungsmonateure haben in den seltensten Fällen heizbare Unterkunftsräume. — Die hohe Zahl von Beanstandungen zeigt uns zur Genüge, warum sich die Unfallkurve dauernd nach oben bewegt. Soll das so weitergehen? Wir appellieren nicht nur an die Unternehmer, den Vorschriften der Unfallverhütung mehr Beachtung zu schenken, wir verlangen von den Behörden mit allem Nachdruck, den bestehenden Gesetzesvorschriften volle Geltung zu verschaffen. Die Zahl der für das badiische Land angestellten Baukontrolleure ist zu gering, um alle säumigen Unternehmer zur Pflicht anzuhalten. Möge die Landesbehörde einsehen, daß ein Sparen auf diesem Gebiete falsch ist!

### Allgemeine Rundschau

„Es kann der Beste nicht in Frieden leben...“ Die Zeitung des Polierbundes scheint trotz ihrer 26 Lebensjahre noch nicht aus den Flegeljahren heraus zu sein. Trotzdem wir seit langer Zeit kein Wort über sie und ihre Organisation geschrieben haben, beginnt sie in Nr. 44 eine Stänkerei mit der wahrheitswidrigen Behauptung, das Organ des Baugewerksbundes bringe seit langem schon nur noch gehässige Neußerungen über das Verhalten des Polierbundes. Wenn auch der „Grundstein“ dabei nicht namentlich genannt wird, so sollte doch auch dem Redakteur der Polierzeitung trotz seiner akademischen Bildung bekannt sein, daß das Organ des Baugewerksbundes der „Grundstein“ ist. Wir haben dies hingehen lassen. — Nachdem aber nun in der Nr. 45 der Zeitung des Polierbundes in einer erneuten Epistel der Baugewerksbund in einer Weise angegriffen wird, für die uns jedes Verständnis fehlt, sehen wir uns gezwungen, einige Worte der Erwiderung zu schreiben. Unter der Überschrift „Solidarität im Baugewerksbund“ werden dem Baugewerksbund Dinge zur Last gelegt, für die er ebensowenig wie der Polierbund die Verantwortung trägt. Nach Art von Unternehmerzeitschriften werden Konkurse von Bauhütten aufgezählt, wobei neben Krankenkassen und anderen sozialen Versicherungseinrichtungen in 2 oder 3 Fällen auch Löhne verlustig gegangen sind und daran dann die Frage gehängt: „Ist das Solidarität?“ Die Demagogie in dieser Frage liegt darin, daß der Polierbund genau so gut wie wir weiß, daß man unmöglich den Baugewerksbund für Verluste und Konkurse von Bauhütten verantwortlich machen kann. Man könnte ebensogut auch den Polierbund dafür verantwortlich machen, denn der Polier-, Werk- und Schachtmeisterbund für das Baugewerbe Deutschlands ist ebenfalls Gesellschafter des Verbandes sozialer Baubetriebe. Ihm sind auch die Ursachen der Konkurse genau so gut wie allen anderen Gesellschaftern bekannt. Mit dieser Feststellung wird die ganze Demagogie, deren der Polierbund fähig ist, offenkundig. Damit ist das ganze Geseire, das ebensogut in jeder Unternehmerzeitung stehen könnte, für uns erledigt. Es ist, um mit den Worten des Polierbundes in Nr. 44 seiner Zeitung zu reden, ein abgeleierter Schlag, den der Drehorgelmann zwar nicht im Treppenhause und Hinterhof zum besten zu geben pflegt, den aber Drehorgelmänner feinesgleichen in den Höfen und Vorhöfen der Unternehmerverbände zum besten geben. Dort finden sie natürlich Anklang.

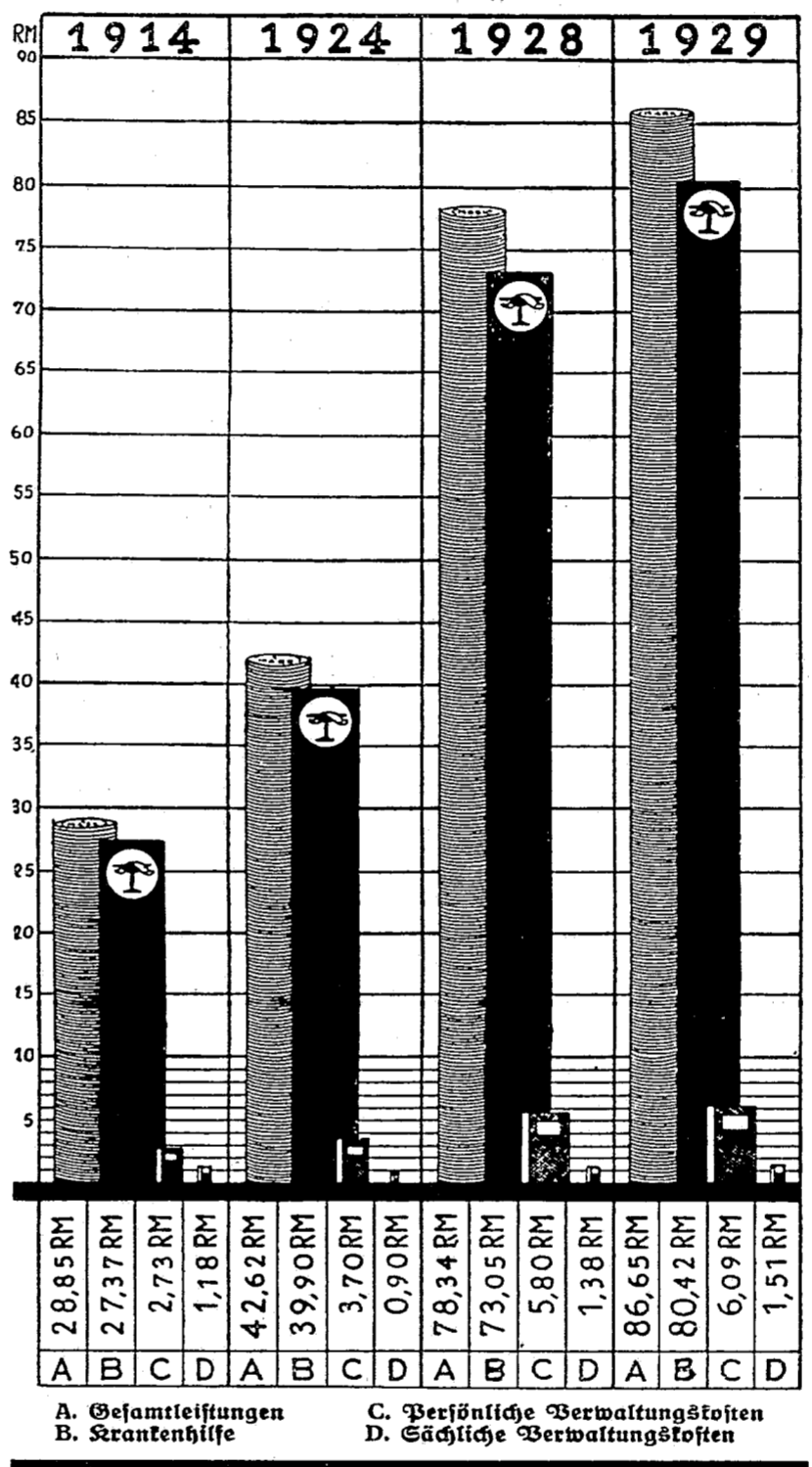
**Oesterreichische Wahlergebnisse.** Die am 9. November vorgenommenen Wahlen zum Oesterreichischen Nationalrat beanspruchten wegen der politischen Lage Oesterreichs das Interesse der gesamten politisch interessierten Welt. Bei Schluß unserer Redaktion sah das Wahlergebnis wie folgt aus: Wien bleibt nach wie vor sozialdemokratisch, in den übrigen Bundesländern jedoch sind geringe Verluste eingetreten. Im ganzen hat nach den Meldungen die Sozialdemokratie einen Zuwachs von drei Mandaten. — Gegenüber 71 im vorigen Nationalrat haben sie jetzt 74 Mandate inne. Damit ist die Sozialdemokratie auch in Oesterreich die stärkste Partei. Die Christlich-Sozialen, die diesmal ohne die Großdeutschen auftraten, haben 68 Mandate errungen, im vorigen Nationalrat hatten sie 85 inne. Der Schöber-Block, die neue politische Richtung des einseitigen Bundeskanzlers, errang mit Hilfe der Großdeutschen und einer wertlosen nationalsozialistischen Splittiergruppe 16 Mandate. Die Heimwehr, die zum erstenmal als Partei auftrat, errang 7 Mandate, was angesichts der politischen Rolle, die diese Brüder dort spielen, als Abweisung durch die Wählerchaft zu werten ist. Die Nationalsozialisten und die Kommunisten sind ohne Mandat ausgegangen. — Das Wahlergebnis ist unter Berücksichtigung der politischen Rückständigkeit, besonders in der ländlichen Bevölkerung, als erfreulich zu bezeichnen. Jedenfalls ist es viel erfreulicher als das Wahlergebnis, das der deutsche Michel am 14. September zustande brachte.

**Kommunisten gegen freigewerkschaftlich organisierte Bauarbeiter.** Daß die Kommunisten Gegner der freien Gewerkschaften sind, ist bekannt. Ihre Gegnerschaft hat nun eine weitere Etappe erreicht. Im Konsumverein in Leipzig-Plagwitz stellte die „Opposition“, die natürlich kommunistisch orientiert ist, den Antrag, in den Verträgen der Baufirmen, die für die Genossenschaften Neubauten ausführen, die Bedingung zu streichen, daß nur freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter angestellt werden dürfen. Diese unerhörte Zumutung begegnete laufen Psuirufen und fand selbstverständlich keine Annahme. Der Antrag ist eine

weitere Illustration zu der „gewerkschaftlichen“ Linie der parteikommunistischen Söldlinge Deutschlands, die alle Parolen aus Moskau beziehen muß.

**KPD-Erwerbslosenfürsorge im Berliner Stadtparlament.** Wir haben bereits im vorigen Jahre über die verhängnisvollen Forderungen der KPD zur Fürsorge für die Erwerbslosen im Berliner Stadtparlament berichtet. Diese Forderungen waren beim allerbesten Willen undurchführbar. In diesem Jahre hat die KPD, gelindere Saiten aufgezoogen. Diesmal forderte die KPD, im Berliner Stadtparlament für die Erwerbslosen die Zahlung einer Winterbeihilfe von 70 M an jeden erwerbslosen Haushaltungsvorstand, von 50 M an jeden ledigen Erwerbslosen und von 10 M an jeden unterhaltsberechtigten Angehörigen. Außerdem wurde verlangt, daß die Richtsätze für die Arbeitslosenunterstützung um 25 % zu erhöhen seien, wobei die Richtsätze als Mindestsätze gehandhabt werden sollten. Ferner wurde verlangt, daß an alle Erwerbslosen und ihre Familienangehörigen das Volksküchessen kostenlos abgegeben werden muß, des Weiteren an jedem Tage an alle Kinder der Erwerbslosen je 1 Liter Milch, die Zahlung der Miete durch die Wohlfahrtsämter, freie Lieferung von Gas und Elektrizität auf Kosten der Gemeinde, freie Fahrt von und zu den Arbeitsnachweisen und zur Arbeitsuche auf Straßenbahn, Stadtbahn, Vorort- und Untergrundbahn, die kostenlose Lieferung von 15 Zentner Kohlen für jeden Haushalt und von 8 Zentner für ledige Erwerbslose, die Lieferung von 5 Zentner Kartoffeln für jeden Erwerbslosen

Leistungen und Verwaltungskosten je Mitglied der Krankenkassen.



und für jeden unterhaltsberechtigten Familienangehörigen, die Weiterversicherung in der Kranken-, Invaliden- und Angefalltenversicherung auf Kosten der Gemeinden. — Das ist alles sehr nett. Wir haben wahrhaftig auch ein Herz für das Elend der Arbeitslosen und wir bestreiten es durch die Tat. Aber in diesen Fällen taucht denn doch die Frage auf, ob sich unter solchen Umständen die Erwerbslosen nicht weit besser ständen, als die in Arbeit befindlichen, die oftmals nur an 3 Tagen in der Woche beschäftigt werden. Leider machen solche unerfüllbaren Forderungen, unerfüllbar vor allem durch die große Not, die die Gemeindefürsorge sowie schon fürchterlich in Anspruch nimmt, auf viele Erwerbslose noch allerlei Eindruck. Man sollte endlich begreifen, daß es der KPD nicht um die Linderung der Not der Arbeitslosen, sondern nur um das nackte Agitationsbedürfnis zu tun ist. Wir registrieren diesen Vorfall auch nur, um zu zeigen, in welcher Weise sich dieses Agitationsbedürfnis ausstößt.

**Preußens Vorschläge für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm.** Die preußische Regierung hat der Reichsregierung den Vorschlag unterbreitet, alsbald durch Gesetz eine Regelung dahingehend zu treffen, daß bis auf weiteres alle Betriebe, die zu einer Einschränkung ihrer Arbeit gezwungen sind, solange keine Verminderung ihrer Belegschaft vornehmen dürfen, als die von der Arbeitseinschränkung betroffene Belegschaftsgruppe bei einer Verminderung der Arbeitszeit noch mindestens 40 Wochenstunden oder 5 Tagesstunden Beschäftigung finden kann. Um ein Zustromen von neuen Arbeitskräften auf den Arbeitsmarkt zu verhindern, schlägt die preußische Staatsregierung weiter vor, ein weiteres Berufsschuljahr zur besseren Vorbereitung der Jugendlichen einzuführen, das in erster Linie der Vorbereitung des Jugendlichen auf seinen künftigen Beruf dienen soll. Das neue Berufsschuljahr soll aber nicht allgemein, sondern nur für solche Jugendliche eingeführt werden, die das Ziel der Volksschule nicht erreicht und über deren mangelhafte Elementarkenntnisse in allen Wirtschaftskreisen immer wieder Klage geführt wird. Durch eine derartige Maßnahme würden etwa 250 000 Jugendliche

vom Arbeitsmarkt zurückgehalten werden. Ferner wird vorgeschlagen, im nächsten Jahr keinerlei ausländische Wanderarbeiter, sogenannte Sachsgänger, für die deutsche Landwirtschaft zuzulassen; so könnte etwa 110 000 deutschen Arbeitslosen Arbeit beschafft werden. Durch umfassende Meliorationsarbeiten zur Hebung des landwirtschaftlichen Ertrages soll eine jährliche Beschäftigungsmöglichkeit für 78 000 Arbeiter geschaffen werden.

**Gehaltsenkung für technische Angestellte im Baugewerbe.** Die Unternehmer im Baugewerbe wollen hinter den Metallgewerbe nicht zurückbleiben. Diesen Wünschen ist das Tarifamt für die technischen Angestellten im Baugewerbe, Vertragsgebiet Westdeutschland, entgegengekommen, indem es am 1. November folgenden Spruch fällt: „Die Gehälter der technischen Angestellten des Baugewerbes, Vertragsgebiet Westdeutschland, werden ab 1. Oktober 1930 um 3 % und ab 1. Januar 1931 um weitere 3 %, also von diesem Termin an insgesamt 6 % abgebaut.“ — So kündigt sich im Baugewerbe in diesem Jahre rechtzeitig der lohnpolitische Frühling an. Die Bauarbeiter haben allen Anlaß, fest zu ihren Organisationen zu stehen, besonders aber alle Zerpfliederungsversuche energig zurückzuweisen. In diesem Falle hat noch das Haupttarifamt zu entscheiden.

**Senkung der Baukosten um 30 %!** Der Widerfenn von der Notwendigkeit der Senkung der Löhne ist dieser Lage besser denn je nachgewiesen worden. Eine Großsiedlung in Frankfurt a. Main hatte die Errichtung von 500 Kleinst- und Kleinwohnungen ausgeschrieben. Der Auftraggeber, die Frankfurter Wohnungsbaugesellschaft, hat bereits beim ersten Abschnitt der Siedlungen 500 Wohnungen vergeben. Damals forderten die offenbar zu einem Ring zusammengeschlossenen Baufirmen ziemlich einheitlich 37 M für den Kubikmeter umbauten Raum. Durch Heranziehung von Außenseifern gelang es seinerzeit, den Preis auf rund 33 M zu drücken. Die Öffnung der Offerten für den zweiten Abschnitt des Bauvorhabens brachte aber aufsehenerregende Offenbarungen. Jetzt wurden nicht 37, auch nicht 33, sondern nur 24 M je Kubikmeter umbauten Raum gefordert. Die geforderten Preise lagen rund 29 % unter den Frühjahrspreisen. Wenn man die ersten kartellgebundenen Preise zugrunde legt, sogar 35 %! Das zeigt, wie schädlich sich die Kartellbindungen in Deutschland auswirken, und wie notwendig es ist, gegen die Bewucherung des Volkes einzuschreiten. Das neue Submissionsergebnis zeigt ferner, in welcher Richtung die Regierung bei ihrer Preisabbauaktion vorgehen mußte. Nicht Lohnsenkung sondern Profitsenkung muß die Parole einer Regierung sein, die vorgibt, dem Volke zu dienen!

**Eine Wirtschaft auf Maß oder auf Zuwachs?** In der „Deutschen weltwirtschaftlichen Gesellschaft“ hielt ein Direktor Dr. Ludwig eine Rede über die Krise und Konjunktur als Probleme der Industriewirtschaft. Der Vortragende erklärte, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise in erster Linie als eine Krise der festen Kosten bezeichnet werden müsse. Die Anlagekapitalien und die stehende Organisation der Industrie haben sich in allen Ländern in starkem Maße erhöht. Die sogenannten fixen Kosten betragen in einem Betriebe der metallverarbeitenden Industrie bei voller Beschäftigung mehr als 60 % der Unkosten. Bei halber Beschäftigung würde sich der Unkostenzuschlag von 180 auf 280 % der Löhne steigern. Nach Ansicht des Vortragenden sind Investitionen in solcher Höhe keineswegs notwendig gewesen. Das entscheidende Moment der Absatzentwicklung auf weitere Sicht sei meistens außer Anschlag geblieben. Anschaffungen und Erweiterungen liegen in viel zu hohem Maße gefühlsmäßigen Erwägungen zugrunde. Die Industrie müsse auf Basis genau berechneter Unterlagen ein langfristiges Investitionsprogramm aufstellen. „Wir dürfen nicht Wirtschaft auf Zuwachs, wir müssen Wirtschaft nach Maß treiben. Eine Wirtschaft, in der ein Anlagekapital von vielen Milliarden eine Rente sucht, darf mit ihrem Produktionsprogramm nicht zu banque spielen, sondern muß auf Sicherheit gehen.“ — Nun scheint auch die Erkenntnis bei den Unternehmern zu dämmern, daß eine Rationalisierung ins Blaue hinein nicht von Nutzen, sondern nur Schaden ist. Erst jetzt beginnen sie sich darauf zu besinnen, daß der Absatz mehr oder weniger über die Existenz der Produktionswirtschaft entscheidet. Eigentlicherweise will man aber die jeglichen Absatzmöglichkeiten zur Grundlage der Produktionswirtschaft machen. Es ist viel wichtiger, die Absatzmöglichkeiten in den Produktionsrahmen hineinzuwachsen zu lassen. Schaffung von Absatzmöglichkeiten bedeutet Erhöhung der Kaufkraft, wozu hohe Reallohne die beste Garantie sind.

**Sozialpolitik für die Millionäre oder für die Arbeiter?** Der Leipziger Professor Dr. Kurt Wiedenfeld hat einmal die deutsche Kartellpolitik mit Sozialpolitik für Millionäre bezeichnet. Sicher ein treffendes Wort. In seiner Schrift „Das Schicksal des deutschen Kapitalismus“ kommt Professor M. J. Bonn zu ähnlichen Feststellungen. Auf Seite 47 ff. dieses Buches schreibt er: „Der größte der modernen Kapitalisten, Cecil Rhodes, hat seine wirtschaftliche Lebensphilosophie als „Theorie des Lebensgedes“ bezeichnet. Er meinte damit, daß die Bereicherung der Kapitalisten nur möglich sei, wenn der einzelne Kapitalist, der viel verdienen wolle, dafür Sorge trage, daß alle seine Mitarbeiter, von den Angestellten bis zu den Arbeitern, von den Vertretern bis zu den letzten Abnehmern, im Verhältnis ihrer Bedeutung für das Unternehmen mitverdienen. Der autoritär gerichtete deutsche Kapitalismus, insbesondere die schwere Industrie, hat nie mitverdienen lassen wollen. Er hat, meiß von technisch durchaus richtigen Organisationsideen beseßen, die Ausschöpfung aller technisch entbehrlichen Zwischenglieder zu erreichen gesucht und damit nicht nur die Reihen der Verdienenden gelichtet, sondern auch die Zahl derer vermindert, die innerlich an seinem Fortbestand ein wohlwollendes Interesse nahmen... Das kapitalistische System kann sich entweder durch hohe Löhne, verhältnismäßig niedrige Preise der Lebensnotwendigkeiten und dauernde Beschäftigung rechtfertigen... Ein Kapitalismus, der nicht von den Mitkapitalisten gestützt wird und dessen Ergebnis hohe Preise sind, kann sich nur halten, wenn hohe Preise bei voller Beschäftigung von hohen Löhnen begleitet sind. Hohe Preise und Arbeitslosigkeit sind auf die Dauer nicht erträglich. Stilllegungen und Entlassungen sind nur dann ohne soziale Störungen durchzuführen, wenn sie die künftige Produktion leistungsfähiger und billiger gestalten. Sucht man die Löhne, die an den Löhnen anderer Länder gemessen und mit der Vorkriegszeit verglichen, nicht hoch sind, herabzudrücken, um die verlorene Leistungsfähigkeit wieder zu gewinnen, ohne Preise



